Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Nekazanka 18.

Telephone: Tagesredaktion: 26795, 31469. Nachtredaktion: 26797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . Kč 16.—
vierteljährlich . . „ 48.—
halbjährig . . . . „ 96.—
ganzjährig . . . . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

7. Jahrgang. Freitag, 8. April 1927. Nr. 83.

Oesterreich im Wahlfieber.

Wien, 7. April.

Drei Wochen trennen uns noch von den Wahlen. Aber der erste Erfolg, den die Sozialdemokratie bereits in Salzburg errungen hat, hat unsere Hoffnungen geschwellt, zumal die Wahlen für den Salzburger Landtag offenbar deshalb vorher ausgeschrieben wurden, weil die Christlichsozialen glaubten, mit einem Sieg in dem Nachbarland Bayerns die allgemeinen Wahlen beeinflussen zu können. In drei Wochen werden sie die zweite Enttäuschung erleben.

Der Wahlkampf ist schon in ganz Oesterreich im Gang. Der Aufmarsch der Parteien ist bereits vollzogen. Zwar ist der Plan Dr. Seipels, das ganze Bürgertum ohne Unterschied der Religion und der Parteianschauung unter christlichsozialer Führung gegen die Sozialdemokratie zu einigen, an der Unmöglichkeit, alle Mandatswünsche der kleinen Parteien — der Demokraten, der Zionisten und Monarchisten — zu befriedigen, gescheitert und so werden auch, abgesehen von dem Landbund, der bisher fünf Mandate im Nationalrat hatte und sie auf Kosten der Christlichsozialen zu vermehren hofft und deshalb von Seipel nicht zu gewinnen war, noch die verschiedenen kleinen Parteigrüppchen kandidieren, ohne aber mehr als — alle zusammen — einige zehntausend Stimmen, aber kein Mandat zu erlangen. (Auch die Kommunisten wie die Hakenkreuzler — von denen gar zwei Gruppen Listen aufstellen, während die dritte Gruppe in der Einheitsliste auftritt — werden wenig Stimmen und kein Mandat bekommen.) Die Entscheidung fällt zwischen den beiden großen Fronten, den Sozialdemokraten, hinter denen die ganze Arbeiterschaft steht, und den Christlichsozialen, die auf ihre antimarxistische Einheitsliste auch die Großdeutschen mit der Riehlgruppe der Hakenkreuzler aufgenommen haben. Seipel hatte schon bei den vorigen Wahlen, im Jahre 1923, mit den Großdeutschen verhandelt, um sie zu einer gemeinsamen Liste für ganz Oesterreich zu bewegen, und die Großdeutschen, deren Mandate ja schon damals sehr unsicher waren, waren dazu auch bereit. Aber im letzten Augenblick hatte sich der Plan zerschlagen, weil die Großdeutschen die Konkurrenz des Landbundes fürchteten und bloß für die Wiener Gemeinderatswahlen war damals eine christlichsozial-großdeutsche Liste zustande gekommen, für die sonstigen Wahlen in Wien und in den Ländern gab es statt der Einheitsliste bloß eine Einheitsfront der bürgerlichen Parteien. Die Befürchtungen der Großdeutschen hatten sich damals erfüllt: die Verringerung der Mandatszahl des Nationalrats von 183 auf 165 war nahezu vollständig auf Kosten der Großdeutschen vor sich gegangen. Die Großdeutschen waren von 21 auf zehn, die Landbündler von sieben auf fünf Mann zurückgegangen, die Christlichsozialen von 85 auf 82, die Sozialdemokraten von 69 auf 68 und außerdem war ein Wilder verschwunden.

Die Großdeutschen waren nicht nur durch den großen Mandatsverlust erschreckt, sondern noch mehr durch die Tatsache, daß sie im ersten Skrutinium bloß einen einzigen Abgeordneten durchgebracht hatten. Nach dem österreichischen Wahlgesetz werden die Reststimmen nur für diejenigen Parteien gezählt, die im ersten Skrutinium mindestens einen Abgeordneten durchgebracht hatten, und wenn Dr. Schürff, der großdeutsche Handelsminister, im Wahlkreis Wiener-Neustadt, wo die Großdeutschen nicht einmal zehn Prozent der Stimmen aufgebracht hatten, nur einige tausend Stimmen verlor, also durchfiel, wären die Großdeutschen ganz aus dem Parlament verschwunden. Das der mathematische Grund, warum sie diesmal alle Bedenken über Bord warfen und sich in den Schoß der Christlichsozialen warfen. Daneben gibt es auch noch andere Gründe, vor allem einen moralischen, den nämlich, daß sie durch die Bankenskandale ebenso kompromitiert waren, wie die Christlichsozialen, also glauben können, auf einer gemeinsamen Liste neben der großen Partei weniger Angriffen ausgesetzt zu sein, und schließlich der ebenso moralische Grund, daß die Großkapitalisten ihre Wahlgelder nicht gern auf verschiedene Parteien zersplittern und deshalb auf einer Vereinigung aller „Antimarxisten" bestehen.

So kam die „antimarxistische Einheitsliste" auf der ökonomischen Grundlage der Wahlgelder zustande, die die Kapitalisten — die Banken, die Großindustriellen und die Großgrundbesitzer — zugesagt hatten. Denn diese Wahlen sieht das Großbürgertum für so wichtig an, daß es alle Kräfte gegen die Sozialdemokratie zu sammeln für nötig hält. Ein Sieg der Sozialdemokratie muß ihnen nach dem Ergebnis der vorigen Wahlen und nach der Kompromittierung, die die bürgerlichen Parteien in den verschiedenen Skandalaffären erlitten haben, nicht als unmöglich erscheinen. Wenn auch die Christlichsozialen bei den letzten Wahlen mehr Stimmen hatten als die Sozialdemokraten, so ergab eine einfache Rechnung, daß den Sozialdemokraten doch nur etwas über dreihunderttausend Stimmen auf die absolute Mehrheit fehlen. In Wien geht der Kampf ganz ausschließlich zwischen diesen beiden Heerfronten, und man möge sich nicht dadurch täuschen lassen, daß in der großen Stadt neben den beiden Listen der Sozialdemokraten und der „Antimarxisten" auch noch ein paar andere Listen angemeldet sind. Hier ist das Bündnis zwischen den Christlichsozialen und den Kapitalisten am engsten. Obwohl die Christlichsozialen auf ihre Einheitsliste in der Leopoldstadt, dem ehemaligen Ghetto, sogar den ehemaligen Hakenkreuzler, nunmehrigen Großdeutschen Riehl, der damals offen zu antisemitischen Pogroms hetzte, genommen haben, und obwohl sie die Liberalen und Großdeutschen an aussichtsloser Stelle gesetzt haben, tritt die großkapitalistische Presse — einst „Judenpresse" genannt — mit Begeisterung für sie ein. Gilt es doch der sozialdemokratischen Herrschaft in der Gemeinde, die den Kapitalisten so unangenehm ist, ein Ende zu machen. Vergebliches Bemühen! Die „Breitnerei" — das System der städtischen Steuerpolitik, das der sozialdemokratische Finanzreferent Breitner mit Konsequenz und Tatkraft durchführt — ist das stärkste Aktivum der sozialdemokratischen Wahlpropaganda und jede Hoffnung, die sozialdemokratische Herrschaft in der Gemeinde zu erschüttern, ist eitel.

Wer heute durch Wien geht, sieht, daß die sozialdemokratische Wahlpropaganda auch diesmal die Straßen beherrscht. Die Sozialdemokratie ist gleich nach der Ausschreibung der Wahlen mit großer Kraft in den Wahlkampf eingetreten. Schon vier Wochen vor den bürgerlichen Parteien haben die Sozialdemokraten mit dem Plakatkrieg eingesetzt. Meterhohe Plakate kleben an den Wänden. Eine Serie von 64 kleinen Plakatzetteln wurde in einer Gesamtauflage von 833.000 Exemplaren in einer einzigen Nacht von den Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes an Wänden, Zäunen, Telegraphenstangen angeklebt. Zwanzigtausend junge Genossen vom Schutzbund waren dabei tätig. Vier Wochen vor der Wahl wurde ein neues kleines Tagblatt gegründet, das den Kampf mit der scheinbar unpolitischen, aber im Dienste der Bourgeoisie arbeitenden Presse aufgenommen hat. Viele Wochen vor der Wahl wurden fünf Wahlfilme hergestellt, die das Wirken der sozialdemokratischen Partei in der Gemeinde darstellen. Diese Filme laufen in 78 der größten Kinotheater in Wien und überdies auf einem großen Platz bei der Karlskirche, der zehntausend Menschen faßt. Auch die Vorstellungen in den geschlossenen Kinos sind ständig überfüllt und es werden bis zum Ende der Wahlbewegung gewiß eine Million Menschen durch diese Filmpropaganda die rote Gemeindeverwaltung kennen gelernt haben: die Säuglingsheime, die Ausgabe der Säuglingswäsche, die Schülerausspeisung, die Schulzahnkliniken, die Beratungsstellen und die Fürsorgeeinrichtungen der Gemeinde werden in den lebenden Bildern vorgeführt. Die Partei läßt ferner eine achtseitige Wahlzeitung erscheinen, die — dreimal bis zu den Wahlen — in einer Auflage von sechshunderttausend Exemplaren an alle Wähler verteilt wird. Dann wurde, ebenfalls in einer Auflage von 600.000 Exemplaren, ein halbes Dutzend Broschüren verbreitet, die sich an die verschiedenen Schichten der Bevölkerung — Arbeiter, Kleingewerbetreibende, Beamte, Lehrer — wenden. Daneben ist stärker als jemals die Lichtreklame in den Dienst des Wahlkampfes gestellt. Die Partei hat alle „laufenden Lichtbänder" Wiens gemietet und diese spielen jeden Abend andere Texte. So wurde zum Beispiel das sozialdemokratische Gemeindeprogramm durch diese laufenden Lichtbänder verbreitet. Ueberdies hat die Partei an zwanzig der wichtigsten Verkehrspunkte der Stadt große Lichtreklamen, alle mit demselben Text „Sichert den Mieterschutz! Wählt sozialdemokratisch!"

So gewaltig die Wahlagitation schon jetzt ist, so hat sie noch immer nicht den Höhepunkt erreicht. Die Massen sind begeistert, die Sozialdemokratie kann dem Wahltag mit Beruhigung entgegen sehen.

G. P.

Ueberreichung des Mißtrauensantrages der deutschen Sozialdemokraten.

102 Unterschriften. — Der Initiativausschuß hat binnen 8 Tagen dem Plenum Bericht zu erstatten.

Prag, 7. April. Der Antrag der Abgeordneten Dr. Czech und Genossen, der Regierung wegen Einbringung der Militärvorlagen das Mißtrauen auszusprechen, wurde heute dem Präsidium des Abgeordnetenhauses überreicht. Er ist mit 102 Unterschriften versehen und außer von den Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei von den Klubs der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der kommunistischen Partei, der deutschen Nationalpartei, der deutschen nationalsozialistischen Partei und der ungarischen christlichsozialen Partei unterzeichnet.

Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung muß ein Mißtrauensantrag, der die Unterschriften von 100 Abgeordneten trägt, dem Initiativausschuß zugewiesen werden, der verpflichtet ist, binnen 8 Tagen dem Hause Bericht zu erstatten. Die Aussprache über den Antrag wird also einen der wichtigsten Verhandlungsgegenstände der nach Ostern stattfindenden Tagung bilden.

Verschärft den Kampf gegen die Verwaltungsreform!

Für demokratische Selbstverwaltung und nationale Autonomie.

Der Klub der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat sich in seiner Sitzung vom 7. April mit der politischen Situation beschäftigt und folgenden Beschluß gefaßt:

Die schweren Arbeitskonflikte in der Glasindustrie, im Bergbau und auf den Eisenbahnen, die nur ein Symptom des allgemeinen Angriffes der Reaktion auf die Arbeiterklasse sind, erheischen die ständige Wachsamkeit der Partei;

die Gewaltmaßnahmen und Ausnahmsverfügungen der Regierung fordern unsere schärfste Abwehr heraus. Die parlamentarische Vertretung ist entschlossen, im engsten Einvernehmen mit den gewerkschaftlichen Organisationen deren Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen. Es müssen sich aber auch die Parteimitglieder bereit halten, in den Kampf einzugreifen, wenn sie dazu aufgerufen werden.

Die deutschen Regierungsparteien haben durch die Bewilligung von sechs Militärvorlagen, welche die Lasten des arbeitenden Volkes furchtbar erhöhen, den Rüstungswahnsinn steigern, die Kriegsgefahr vergrößern und vor allem die Herrschaft des Kapitalismus sichern sollen,

neuerlich den volksfeindlichen Charakter ihrer Politik bewiesen.

Sie haben durch den Raub des Soldatenwahlrechtes ihre politisch-reaktionäre Einstellung enthüllt. Sie haben durch die Zustimmung zu Rüstungen, die sich in ihrer Tendenz gegen Deutschland richten, und durch die Annahme eines Gesetzes über die Einstellung von länger dienenden Unteroffizieren nicht nur in den Staatsdienst, sondern auch in Selbstverwaltungskörper, Sozialversicherungsinstitute und Privatbetriebe,

an den Interessen der deutschen Bevölkerung neuerlich Verrat verübt.

Dieses Verhalten der deutschen aktivistischen Parteien macht die Fortsetzung und Verschärfung des Kampfes gegen sie nötig. Aber auch der Kampf gegen die Verwaltungsreform muß fortgesetzt werden.

Wohl hat der elementare Widerstand der von der Sozialdemokratie geführten arbeitenden Bevölkerung die deutschen Regierungsparteien gezwungen, die von ihnen ursprünglich beabsichtigte bedingungslose Zustimmung zu dem reaktionären Verwaltungsreformentwurf zurückzuziehen. Unter dem Druck einer mächtigen Massenaktion haben diese Parteien die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Fassung für unannehmbar erklärt und ihre Umarbeitung im Sinne der Erweiterung der Selbstverwaltung und unter Berücksichtigung der deutschen Lebens- und Volksinteressen verlangt.

Damit ist aber die Gefahr, daß das reaktionäre, die politischen, sozialen, kulturellen und sprachlichen Rechte der deutschen Bevölkerung bedrohende Machwerk Gesetz wird, noch keineswegs beseitigt.

Denn so reich die Erklärungen der aktivistischen Parteien an allgemeinen Wendungen sind, so arm sind sie an konkreten Forderungen, deren zweideutige Fassung überdies von vornherein die Möglichkeit des Rückzuges sichern soll. Auch die Kundgebungen der aktivistischen Führer, welche den Regierungsentwurf als geeignete Verhandlungsgrundlage anerkennen und einige seiner verwerflichsten Bestimmungen, wie das Ernennungsrecht der Regierung und die Rückkehr zur Länderverfassung sogar als Fortschritt begrüßen,

lassen deutlich erkennen, daß der zur Schau getragene Widerstand der deutschen Regierungsparteien nur zur Einschläferung der eigenen Anhänger dienen soll, und daß diese Parteien beabsichtigen, ihren Scheinwiderstand für einige geringfügige und nebensächliche Konzessionen preiszugeben.

Demgegenüber steht der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren auf dem Standpunkt, daß die Regierungsvorlage für eine wirkliche Reform der öffentlichen Verwaltung keine geeignete Verhandlungsgrundlage ist, daß er durch kleine und selbst bedeutende Aenderungen nicht annehmbar gemacht werden kann,

daß vielmehr nur eine auf den Grundsätzen der vollen demokratischen Selbstverwaltung und nationalen Autonomie aufgebaute Verwaltungsreform den Lebensinteressen der arbeitenden Volksmassen entspricht.

Der Klub ist auch keineswegs bereit, sich mit einer „Milderung" der Polizeibestimmungen zu begnügen, sondern fordert eine gesetzliche Regelung des Verwaltungsstrafrechtes auf modernen Grundlagen und unter Wahrung der Parteienrechte.

Der Klub fordert die arbeitende Bevölkerung auf, ihren von so prächtigem Geiste getragenen und erfolgreichen Kampf fortzusetzen, sowie er auch seinerseits entschlossen ist, auf parlamentarischem Boden alle Mittel einzusetzen, um die Anschläge der Reaktion abzuwehren.

Beratungen unseres Abgeordnetenklubs.

Gestern Donnerstag trat der Klub der Abgeordneten der deutschen Sozialdemokraten zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende Genosse Dr. Czech erstattete einen Bericht über die politische Situation und unterbreitete eine Resolution, welche den Standpunkt unserer Partei zu allen aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen zusammenfaßt. Nach einer Debatte wurde die Resolution, die wir an anderer Stelle veröffentlichen, zum Beschluß erhoben. Daraufhin traf der Klub alle notwendigen Dispositionen für die nächsten parlamentarischen Arbeiten, insbesondere die Steuerreform.

Abgeordnetenhaus.

Der Staatsrechnungsabschluß genehmigt.

Prag, 7. April. Das Abgeordnetenhaus führte in seiner heutigen Sitzung die Debatte über den Staatsrechnungsabschluß für 1924 zu Ende und vertagte sich hierauf auf Dienstag, den 26. ds. In dieser ersten Sitzung nach Ostern sollen eine Reihe kleinerer Vorlagen, deren Verabschiedung ursprünglich noch vor den Feiertagen geplant war, erledigt werden. Am 28. April soll dann dem Hause bereits das fertige Elaborat des Budgetausschusses über die Steuerreform vorgelegt werden. Die Plenarberatungen der Steuerreform beginnen am 3. Mai; die Abstimmung soll spätestens am 12. Mai erfolgen. Hierauf tritt bis zur Präsidentenwahl, die am 24. Mai erfolgen dürfte, eine Sitzungspause ein.

*

Im Verlaufe der Sitzung befaßte sich die tschechische Sozialdemokratin Karpiskova mit den brutalen Maßnahmen gegen die Glasschleifer des Jsergebirges, für deren Verzweiflungsausbrüche einige Unternehmer verantwortlich seien. Unter der Entrüstung des Hauses zitiert sie den Ausspruch eines Glasfabrikanten, **er werde Schmirgelware erzeugen und ausführen, und wenn der ganze Gau dem Hunger entgegengehe.** Solche Aussprüche seien sicher geeignet, den schärfsten Widerstand unter der Arbeiterschaft hervorzurufen. Ein derartiger Fabrikationszweig sollte durch das Gesetz über die unlautere Konkurrenz überhaupt verboten werden.

Bolen (Komm.) beschwert sich in heftigen Worten über die Verfolgung der kommunistischen Presse und erhält dabei einen Ordnungsruf.

Johanis (tsch. Soz.-Dem.) befaßt sich eingehend mit den elenden wirtschaftlichen Verhältnissen, an denen die Zollpolitik der Koalition die Schuld trägt, und schildert die große Not, die in den Arbeiterkreisen herrscht.

Es sprachen noch einige Redner, worauf nach dem Schlußwort Hnideks der Rechnungsabschluß genehmigt wird.

Der Rest der Sitzung ist mit Jmmunitätsangelegenheiten ausgefüllt. U. a. wird der Kommunist Harus ausgeliefert, weil er einen Polizeispitzel aus einer Versammlung hinausgeprügelt hat.

Dann wird noch die Wahl von 16 Mitgliedern des Ständigen Ausschusses vorgenommen; unsere Fraktion entsendet als Mitglied den Genossen Dr. Czech und als Ersatzmann den Genossen Hackenberg.

Der Vorsitzende Malypetr wies in einer Ansprache auf den Gottesfriede des Roten Kreuzes hin, der wie alljährlich zu Ostern verkündet wird, und schloß hierauf gegen 8 Uhr abends die Sitzung mit den üblichen Feiertagswünschen.

Abwehr nationalsozialistischer Angriffe.

Ein Schreiben unserer Fraktion an die Nationalsozialisten.

Das „Ceske Slovo" hat unsere Aktion auf Einbringung eines Mißtrauensantrages gegen die Regierung zum Anlaß genommen, um gänzlich unbegründete Angriffe gegen unseren Klub zu richten, die offenbar nur dazu dienen sollten, um die zweideutige Haltung der nationalsozialistischen Partei zu bemänteln. Da in diesen Angriffen sogar der Vorwurf der unaufrichtigen Taktik erhoben wurde, sah sich unser parlamentarischer Klub veranlaßt, folgendes Schreiben an den Klub der tschechischen Nationalsozialisten zu richten:

Prag, den 7. April 1927.

An den

Klub der Abgeordneten der tschechoslowakischen nationalsozialistischen Partei,

Prag.

Sie haben die Mitfertigung unseres Mißtrauensantrages abgelehnt. Wir müssen diese Ablehnung zur Kenntnis nehmen und die Verantwortung für dieses Vorgehen Ihnen überlassen. Wir können aber nicht stillschweigend an der Art und Weise vorübergehen, in der Sie aus dieser Situation heraus unsere Partei in Ihrem offiziellen Parteiorgan zu behandeln beliebten. Bereits früher, anläßlich unserer Anregung zur Organisierung des gemeinsamen Abwehrkampfes aller oppositionellen Klubs gegen den reaktionären Verwaltungsreformentwurf, haben Sie mitten in die Parteibesprechungen hinein Ihre ablehnende Antwort im „Ceské Slovo" publiziert und unsere Aktion dadurch für Ihre parteipolitischen Interessen zu fruktifizieren versucht. Wir sind über diesen Vorfall damals einfach hinweggegangen. Ihr neuerliches Vorgehen zwingt uns jedoch, aus unserer Reserve herauszutreten. Wir begreifen vollkommen, daß Ihnen aus Ihrer Stellung zur Regierungskoalition vielfach große Schwierigkeiten erwachsen, wir können es aber nicht ruhig hinnehmen, daß Sie sich aus diesen Schwierigkeiten durch Angriffe auf unsere Partei herauszuhelfen suchen. Den Vorwurf, als ob unsere Taktik nicht seriös oder gar unehrlich wäre, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück.

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, stellen wir neuerlich fest, daß wir uns mit der tschechoslowakischen Verfassung, die ohne unsere Mitwirkung beschlossen wurde, keineswegs identifizieren, daß wir aber fest entschlossen sind, die aus dieser Verfassung fließenden politischen Rechte für uns in Anspruch zu nehmen, da uns die aus ihr resultierenden Pflichten mit aller Strenge treffen.

Wenn Sie sich trotz Ihres innigen Verhältnisses zur Verfassung zu deren Verteidigung nicht aufraffen können, so mögen Sie das mit sich selbst ausmachen, keinesfalls aber sind Sie berechtigt, die Schwierigkeiten Ihrer Situation durch Verdächtigung unseres vollkommen klaren Vorgehens zu verschleiern.

Wir ersuchen Sie, von dieser Verwahrung Kenntnis zu nehmen und zeichnen

hochachtend
Dr. Ludwig Czech.

Sehnsucht nach dem alten Oesterreich.

In der gestrigen Senatssitzung kam es zu einem bemerkenswerten Zwischenruf des deutschungarischen Senators Richter, eines Geistlichen. In seiner Rede erklärte der Nationaldemokrat Dyk, der bekannte Deutschenfresser und Verteidiger Gajdas, daß nicht alles im alten Oesterreich schlecht gewesen sei, was aus dem Munde eines Nationaldemokraten einigermaßen eine Ueberraschung ist. Das fühlte auch der Deutschmagyar Richter, der dazwischenrief: „Gott sei Dank, daß das endlich anerkannt wird!" Man merkte, daß der Horthy-Anhänger Richter unter der geringen Anerkennung, die man bisher dem alten Oesterreich gezollt hat, gelitten hat. Nun ist der Druck von seinem Gemüt genommen worden und das alte Oesterreich ist zu Ehren gekommen bei dem deutsch-ungarischen Monarchisten und dem schwarzgelben Republikaner.

Bezeichnend ist übrigens auch eine Bemerkung im schriftlichen Berichte des Sen. Dr. Karas (tsch. Kler.) zur Vorlage über die Ersatzreserve. Er sagt dort, daß durch die Einführung einer kürzeren Dienstzeit für Ersatzreservisten das Unrecht gutgemacht wird, das durch die Abschaffung vorrevolutionärer Einrichtungen (gemeint ist das Einjährig-Freiwilligenrecht) geschaffen wurde. Daß sich der Referent, also der Vertreter der Regierungsmehrheit, nach den vorrevolutionären Einrichtungen sehnt, ist ebenso charakteristisch für das Denken der tschechisch-bürgerlichen Parteien wie die Feststellung des Faseistenfreundes Dyk, daß nicht alles schlecht war in der Zeit der Habsburgerherrschaft.

Die Gemeindewahlen. Das Innenministerium hat an die politischen Landesverwaltungen in Prag, Brünn und Troppau ein Rundschreiben erlassen, in dem diese angewiesen werden, dafür Sorge zu tragen, daß die politischen Bezirksverwaltungen rechtzeitig alle Vorbereitungen für die Gemeindewahlen treffen. Die Vorbereitungen müssen zwei Monate vor dem 16. Oktober beendet sein. — Aus diesem letzten Passus kann man wohl darauf schließen, daß der Wahltermin zwischen Ende August und Anfang Oktober fallen wird.

Alle Lasten des Militarismus auf die Schultern der arbeitenden Klasse!

Die Wehrvorlagen im Senat genehmigt. — Genosse Jokl über die Ersatzreserve. — Auch der Landesverteidigungsminister spricht.

In der gestrigen Sitzung des Senates wurde die Debatte über die Wehrvorlagen beendet und dieselben von der Koalition angenommen. Alle Abänderungsanträge der Opposition, die den Zweck hatten, die Vorlagen zu verbessern, wurden von den bürgerlichen Parteien, Deutschen wie Tschechen, niedergestimmt. Damit haben die deutschen Aktivisten wieder einen „Erfolg" errungen, nämlich die militärischen Lasten noch drückender zu gestalten als sie schon waren.

In der Dbatte kam Genosse Jokl nochmals zu Worte, der eine sehr sachkundige Rede über das Gesetz betreffend die Ersatzreserve hielt. Mit Recht konnte der Redner unserer Partei darauf hinweisen, daß der Sinn der Militärvorlagen darin bestehe, den arbeitenden Schichten alle Lasten des Militarismus aufzubürden. Deswegen stimmen die Deutschbürgerlichen Parteien für diese Gesetze.

Vor dem Gen. Jokl sprach der Landesverteidigungsminister, der auf die Argumente der oppositionellen Redner gar nicht einging, sondern eine Verteidigungsrede für den Generalstab und die Offiziere hielt.

Bezeichnend für den Wandel der politischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei war die Rede des Senators Richter, eines Angehörigen der ungarischen Nationalpartei. Die Rede war teils ein Lobgesang auf den ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen, von dessen „Triumphzug" in Rom gesprochen wurde, teils — was politisch noch bemerkenswert ist — der Vorstoß eines Teiles der Regierungsmehrheit gegen den Minister Beneš, dessen vorgestrige Rede im Außenausschuß des Abgeordnetenhauses nicht nur sehr ungünstig kritisiert, sondern sogar lächerlich gemacht wurde. Daß der Angriff auf Beneš wohlvorbereitet war, bewies die Anwesenheit mehrerer ungarischer Abgeordneter, auch ihres Führers Szentivanyis, im Senat, die sich die Rede des begeisterten Horthy-Anhängers anhörten. Und daß der Vorstoß gegen Beneš den tschechisch-bürgerlichen Parteien sehr gelegen kam, zeigte die eisige Ruhe, mit der die tschechischen Nationalisten das hohe Lied anhörten, das Senator Richter auf Ungarn anstimmte, bloß deswegen, weil der Redner Beneš arg kritisierte und von Kramaž mehreremals als dem „illustren Führer der Nationaldemokratie" sprach. Hätte noch vor einem Jahre ein ungarischer Parlamentarier so gesprochen, hätte er so das unverdiente Schicksal Ungarns beklagt, das dieses Land durch die Friedensverträge betroffen hat, ein Sturm der Empörung wäre auf den Bänken der tschechischen Bürgerparteien losgebrochen. Gestern aber blieb alles stumm — weil dem Bürgerblock auch der Horthyanhänger recht ist im Kampfe gegen den Minister des Auswärtigen, der nur noch vom Präsidenten der Republik im Amte gehalten wird.

*

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Der Berichterstatter über die Gesetze betreffs die Ersatzreserve und das jährliche Rekrutenkontingent Dr. **Karas** empfiehlt beide Vorlagen zur Annahme.

Sen. **Teschner (d. Natsoz.)** führt aus, daß der Staat keine große Armee brauche, der sicherste Schutz des Landes sei dessen vollständige Neutralität.

Sen. **Filipinsky** (tsch. Soz.-Dem.) erklärt, daß die auswärtige Lage des Staates die Verlängerung der Dienstzeit nicht erfordere. Die Nachbarn der Tschechoslowakei verdienen es nicht, durch derartige Vorlagen gereizt zu werden. Das Ausland wird glauben, es handle sich um die Militarisierung des Staates. Das Zertifikatistengesetz werde zur Folge haben, daß die Vorbildung für gewisse Stellen nicht in der Schule, sondern in der Kaserne werde gesucht werden. Was den Entzug des Wahlrechtes der Soldaten betrifft, wäre es besser gewesen, die Gründe der Unzufriedenheit der Soldaten zu beseitigen als ihnen das Wahlrecht zu nehmen.

Sen. **Fijala** (Komm.) sieht in der Verhandlung der Militärvorlagen eine Bedrohung des europäischen Friedens. Die Erfolge der Aktivisten bestehen in der Erlangung zweier Ministersessel, von Kohleneinfuhrscheinen und in militärischen Rüstungen.

Sen. **Dyk** sagt u. a., daß die Tschechoslowakei sich angesichts der internationalen Lage sichern müsse.

Sen. **Novak** erklärt, daß die Art, wie im Senat die Militärvorlagen behandelt werden, — insbesondere deren Durchpeitschung im Ausschusse —, dieser Körperschaft unwürdig sei.

Sen. **Kahler** (B. d. Landw.) gibt namens der deutschen Regierungsparteien eine ähnliche Erklärung ab, wie dies im Abgeordnetenhause geschehen ist. Die Militärgesetze sind durchaus nicht als ein Beweis der Angriffsabsichten der Tschechoslowakei anzusehen. (Das sagen alle Imperialisten!)

Sen. **Hartl** begründet einige Abänderungsanträge der Deutschnationalen.

Dann spricht Sen. **Richter** (ung. Nat.-Partei), über dessen Rede das notwendige oben gesagt ist.

Sen. Dr. **Großschmied** (ung. Chr.-Soz.) erklärt, daß seine Partei gegen die Wehrvorlagen stimmen werde.

Eine mehr als zweistündige Rede hält Sen. **Klofas** (tsch. Nat.Soz.), der sich zuerst mit der Rede des Sen. Richters befaßt, die auf Kommando aus dem Lager Horthys gehalten war. Redner spricht sich für eine Politik des Friedens aus, ein neuer Krieg würde Europa völlig zugrunde richten. Es kommt nicht allein auf die Ausrüstung der Armee an, sondern auf die Ideen, von welcher eine Nation und ein Heer erfüllt sind. Wer behauptet, daß ein Soldat in drei Monaten ausgebildet ist, kann nicht gleichzeitig die 18monatige Dienstzeit verlangen. Zum Schlusse erklärt der Redner, daß seine Partei gegen die Militärgesetze stimmen werde, weil durch die Abschaffung des Soldatenwahlrechtes die Verfassung verletzt worden sei.

Hierauf erhebt sich der Minister für nationale Verteidigung **Udržal.** Er verteidigt die Offiziere und behauptet, daß diese in die Gajdaversammlungen nicht gehen, er verteidgigt den Generalstab, der vom besten Willen beseelt sei und verteidigt die Beseitigung des Soldatenwahlrechtes damit, daß Soldat sein bedeute, in einem Ausnahmsverhältnis zu stehen.

Nach dem Minister spricht

Genosse Jokl,

der sich insbesondere mit dem Gesetz über die Ersatzreserve befaßt, das er als ein Klassengesetz bezeichnet. Das Gesetz gibt der Militärverwaltung die Möglichkeit, ein neues Heer aufzustellen. Die Militärverwaltung braucht nur „Habt Acht" zu kommandieren und die Regierungsmehrheit schwenkt sofort ein. Es ist eine Irreführung der Oeffentlichkeit, wenn behauptet wird, daß das Gesetz über die Ersatzreserve den Kleinlandwirten zum Vorteil gereichen wird. Es wird vielmehr ein Privileg für die reichen Bauernsöhne geschaffen.

Die Blutopfer des Militarismus werden ausschließlich auf die Schultern der arbeitenden Klassen in Stadt und Land gesenkt und das geschieht auf Wunsch der deutschbürgerlichen Parteien.

Auch das Einjährig-Freiwilligenrecht ist in neuer Form entstanden, indem gewisse Schichten ein Jahr als Mannschaftspersonen dienen, die weiteren sechs Monate als Offiziere. Es muß auch auf den § 17 nachdrücklichst aufmerksam gemacht werden, durch welchen

bei einzelnen Kategorien die Militärdienstpflicht auch über 18 Monate ausgedehnt werden kann.

Auch wer krank wird, kann zum Nachdienen gezwungen werden. Eine solche Bestimmung ist eine Schande für unsere Gesetzgebung. Auch ist die Militärverwaltung ermächtigt, die Reservisten zu längeren als den normalen Uebungen einzuberufen. Auf Grund dessen kann die Regierung Teilmobilisierungen machen und Eisenbahnen und Post, im Falle Eisenbahner und Postler Forderungen stellen, militarisieren. Unsozial ist auch die Bestimmung, die Kosten der Stellung dem Stellungspflichtigen aufzubürden. Man wird so den Arbeiter, der kein Geld auf die Fahrt zur Assentkommission hat, als Deserteur behandeln können. Der Militarismus hängt von nun an über allen Staatsbürgern als ein Damoklesschwert, das jeden Augenblick niedersausen und die Existenz ganzer Familien vernichten kann. Die Sozialdemokratie werde gegen diejenigen Parteien, welche dieses Damoklesschwert aufgerichtet haben, den allerschärfsten Kampf führen.

Sodann spricht Sen. **Dundr** (tschech. Sozialdemokrat), der erklärt, daß gerade die höheren Pflichten, welche der Militärdienst dem Soldaten auferlegt, es erfordert hätten, ihm seine staatsbürgerlichen Rechte zu belassen.

Als letzter Redner in der Debatte spricht nochmals Sen. **Klofak,** hierauf die Referenten. Sodann erfolgt die Abstimmung.

*

Die Wehrvorlagen wurden nun, wie schon einleitend erwähnt, ohne jede Abänderung angenommen. Nächste Sitzung heute, Freitag, 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Wehrvorlagen.

Was ist mit den Versprechungen an die Altpensionisten?

Die Regierungsparteien drücken sich. — Die Behandlung der Sonntagsruhe von der Opposition erzwungen.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses standen verschiedene Initiativanträge zur Sonntagsruhe, die den Ausschuß schon mehrfach beschäftigt hatten und teilweise noch aus dem Jahre 1925 (!) datieren. Zu Beginn der Sitzung beantragte der Nationaldemokrat Botruba, über diese Anträge zur Tagesordnung überzugehen. Der Vorsitzende Cuřík wollte schon voreilig verkünden, daß dieser Antrag mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen sei, doch mußte er sich schließlich auf die energischen Proteste der Opposition hin zu der Feststellung bequemen, daß das Stimmenverhältnis 14:14 und der Antrag daher abgelehnt sei. Der Vorsitzende verfügte nun aus eigener Machtvollkommenheit entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung, daß dieser Gegenstand erst zum Schluß der Sitzung auf die Tagesordnung gestellt werden sollte. Dagegen legte die Opposition und namentlich Genosse Taub entschieden Verwahrung ein.

Dann wurde die Frage der

Altpensionisten

in Verhandlung gezogen, in welcher Sache dem Ausschuß eine Reihe von Petitionen verschiedener Körperschaften und Staatsangestelltenorganisationen vorlagen. Die Referenten Malik und Navratil beantragten, diese Petitionen dem Finanzministerium zuzuweisen.

Genosse Taub verwies in einer eindrucksvollen Rede darauf, daß mit keiner Schichte der Bevölkerung so Schindluder getrieben werde, wie mit den Pensionisten. Alle Regierungsparteien versprachen den Pensionisten die Regelung ihrer Bezüge, wenn sie aber konkret die Möglichkeit haben, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, dann kneifen sie ganz einfach aus.

Genosse Taub stellte den Antrag, die Regierung solle verpflichtet werden, binnen vierzehn Tagen einen Gesetzentwurf über die Ausgleichung der Bezüge der Altpensionisten an jene der Neupensionisten vorzulegen. Dieser Antrag wurde von den Regierungsparteien abgelehnt!

Dann kam die Frage der

Bergarbeiter-Provisionisten

zur Verhandlung. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Minister für öffentliche Arbeiten einen diesbezüglichen Regierungsantrag bereits ausgearbeitet habe, der nur noch der Unterschrift des Finanzministers bedürfe. Genosse Taub beantragt, daß dem Minister zur Beibringung der Unterschrift eine Frist von zwei Tagen gestellt werde; auch dieser Antrag wurde abgelehnt, wodurch wieder offenkundig wurde, daß man eine ernste Regelung dieser Frage nicht will.

Nun kam die Frage der

Sonntagsruhe

erneut zur Beratung. Der Referent Bergmann (Nat.-Soz.) erstattete das Referat, worauf Genosse Taub auf die zwiespältige Haltung der bürgerlichen Parteien hinwies und erklärte, er begreife die schwierige Situation, in der sich die Bürgerlichen gerade in dieser Frage befinden, da ja ein ansehnlicher Teil der Privatangestellten noch immer im Schlepptau des Bürgertums sich befindet. Das Bürgertum scheut sich natürlich, in dieser Frage offen Farbe zu bekennen. Die Regelung der ganzjährigen Sonntagsruhe ist aber eine unbedingte Notwendigkeit.

Es wurde schließlich der Antrag des Referenten angenommen, daß das seinerzeit eingesetzte Subkomitee die Frage eingehend behandeln solle. Das Subkomitee wurde auch bereits für heute, Freitag, einberufen; ihm gehört für unsere Fraktion Genosse Taub an.

Der Rüstungswahnsinn feiert Orgien.

Rede des Genossen Jokl in der Wehrdebatte des Senates.

Wir veröffentlichen nachfolgend im Auszug die wirkungsvolle Rede, die Genosse Jokl im Senat anläßlich der Wehrdebatte am Mittwoch gehalten hat und die besonders auf die Wandlung in den Anschauungen der Tschechischbürgerlichen über die Miliz ein bezeichnendes Licht wirft.

Die Unterbreitung dieses halben Dutzends Vorlagen militärischen Charakters könnte mit Fug und Recht als eine Gegendemonstration gegen die gegenwärtigen Beratungen über die Möglichkeiten einer Abrüstung in der Abrüstungskommission des Völkerbundes aufgefaßt werden; zumindest zeigt sie die ganze Wertlosigkeit der Abrüstungsdebatte in der Völkerbundkommission.

Der Militarismus und der Rüstungswahn feiert bei uns geradezu Orgien und das Verteidigungsministerium hat jetzt Hochkonjunktur. Was es unter der allnationalen Koalition nicht durchzusetzen vermochte, das fällt ihm jetzt unter der internationalen tschechisch-deutsch-slowakischen Bürgerregierung mühelos in den Schoß.

Die stolzeste Episode aus der Revolutionsperiode dieses Staates wird mit Füßen getreten und verunglimpft. Die am 18. Oktober 1918 veröffentlichte Unabhängigkeitserklärung verkündete ausdrücklich in Punkt 8: „Das stehende Heer wird durch eine Miliz ersetzt werden." Und man kann ruhig annehmen, daß dieser Grundsatz in der Revolutionsnationalversammlung auch verwirklicht worden wäre, wenn sie nicht vollständig von den Repräsentanten des französischen Militarismus abhängig gewesen wäre, welche den Aufbau unseres Heeres auf dem Milizsystem nicht zuließen.

Wie wir aus den Reden, die bei der Beratung des als Kompromiß ausgearbeiteten Wehrgesetzes gehalten wurden, konstatieren können, war damals auch wirklich der Wille vorhanden, in absehbarer Zeit das Milizsystem einzuführen. Im Bericht heißt es dort ausdrücklich voll Stolz:

„Es gibt kaum in der Welt ein zweites Kulturvolk, welches in all seinen Einzelheiten so dem Imperialismus und Militarismus feindlich gesinnt wäre, wie es das tschechoslowakische Volk ist."

Das war vielleicht einmal. Die Unterbreitung dieser Wehrvorlagen beweist, daß man heute den gegenteiligen Standpunkt einnimmt.

Im Jahre 1920 wurde eine Studienkommission und eine eigene Milizabteilung beim Verteidigungsministerium eingesetzt, welche das Material für die Durchführung des Milizsystems sammeln und sichten sollte. In dem ersten Elaborat dieser Kommission wird ausdrücklich festgestellt:

„Die Aufgabe der Milizabteilung ist es, hintanzuhalten, daß die provisorische Entwicklung nicht der endgültigen Tendenz in der Richtung des Milizwesens und ihrer Verwirklichung hinderlich sei."

Was man im Jahre 1921 befürchtet hat, ist heute vollzogene Tatsache.

Die ganze spätere Tätigkeit dieser Kommission war nur getragen von der Tendenz, den Milizgedanken zu sabotieren. Begonnen hat diese Tendenz unter der ersten Ministerschaft Udržals, ihren Höhepunkt hat sie erreicht unter der kurzen Ministerschaft des Herrn Stribrny, der ja vollständig Autonomie und Rechte des Ministeriums dem Generalstab unterordnete. Man hat sich eine Reihe militärischer und politischer Gründe dafür zurechtgelegt; unter anderem soll der Weltkrieg die Minderwertigkeit des Milizheeres gelehrt haben.

Aber jeder, der in der Front war, weiß, daß die großen Schlachten des Weltkrieges durch unausgebildete Milizruppen geschlagen wurden.

England und Amerika waren imstande, in unglaublich kurzer Zeit ungeheuer starke, glänzend bewaffnete und hervorragend leistungsfähige Armeen in den Kampf zu werfen, ohne vorher dem Militarismus Jahrhunderte hindurch ungezählte Milliarden und die besten Volkskräfte geopfert zu haben.

Genosse Jokl zitiert nun eine ganze Reihe militärischer Fachmänner, darunter auch einige Tschechen, welche durchwegs zugunsten des Milizsystems sprechen. Sicher ist, daß die Einführung der Miliz einen vollständigen Bruch mit der heutigen Ausbildungsmethode herbeiführen müßte. Das formelle Exerzieren und der innere Dienst in der Kaserne müßte vollständig in Wegfall kommen, denn heute sind von den 18 Monaten Dienstzeit bloß 5½ Monate wirklich der Ausbildung gewidmet. Die Ersatzreserve soll ja auch in drei Monaten genau so kriegstüchtig sein, wie die aktiven Soldaten, die 18 Monate dienen.

Der Stand der Unteroffiziere ist sowohl für die Miliz als auch für die Einführung der kürzeren Dienstzeit vorhanden, denn schon Jahre hindurch erscheint im Staatsvoranschlag die Zahl der Rottmeister mit 8000 angegeben.

Es sind sicher in erster Linie politische Gründe gegen die Miliz maßgebend.

Schon in dem Studienwerk der ehemaligen Milizabteilung des Verteidigungsministeriums heißt es:

„Reform der militärischen Organisation, „Volk in Waffen", setzt einen allseitig konsolidierten Staat und eine gereifte Bürgerschaft voraus, die volles Verständnis für die den Bürgern durch den Staatsverband auferlegten Pflichten hat."

Auch Klofáč erklärte im Jahre 1920 ausdrücklich, daß eine der Hauptbedingungen der Miliz der Ausgleich aller die Republik bewohnenden Volksstämme ist. Was hat denn die Regierung getan, um diese Voraussetzung zu schaffen? Die deutschen Regierungsparteien behaupten zwar, ein richtiggehender Ausgleich sei gar nicht notwendig; das deutsche und tschechische Bürgertum hat sich ja schon gefunden. Nach der gegenwärtigen Konstellation wäre also eo ipso der Augenblick gekommen, um das Milizsystem durchzuführen.

Doch gerade diese Regierungsmehrheit bewirkt nun die Verankerung der reaktionärsten Militärorganisation, die man sich vorstellen kann: statt Miliz Dienstzeitverlängerung, statt gleicher Wehrpflicht unerhörte Privilegien für die Besitzenden, statt Abbau der Militärlasten ungeheure Rüstungen. Niemals wären die volksfeindlichen Pläne unserer Kriegshandwerker in Erfüllung gegangen ohne den Eintritt der drei deutschen Parteien in die Regierung.

Genosse Jokl beschäftigt sich nun ausführlich mit der Vergangenheit der deutschen Regierungsparteien und weist an Hand von Zitaten der Herren Ledebur-Wicheln, Mayr-Harting, Hilgenreiner, Zierhut und anderer nach, wie sie noch vor kurzer Zeit über den Militarismus ganz anders gesprochen haben.

Die Parteiprogramme der deutschen Klerikalen und des Bundes der Landwirte verlangen in aller Klarheit die Einführung des Milizsystems nach Schweizer Muster,

und die beiden Parteien haben es nicht verabsäumt, dies während des Wahlkampfes im Jahre 1925 noch ganz besonders zu unterstreichen.

Aber ehe der Hahn dreimal krähte, hatten sie beide das Volk und ihre Grundsätze verraten.

Heute beugen sie sich unter das Diktat unserer französischen Militärvormünder und geben sich zum Vollstrecker ihrer Wünsche her.

Mit dem Zertifikatistengesetz sind wir glücklich wieder einen gewaltigen Schritt in das alte Oesterreich zurückgekehrt und der selige „Supak" feiert seine Auferstehung.

Im alten Oesterreich bekam man das Zertifikat erst nach 12 Jahren und mußte dann noch mindestens weitere acht Jahre auf eine Anstellung warten, während bei uns acht Jahre Militärdienst bereits zur Anstellung berechtigen. Von dem Nachweis der Fachkenntnisse sind im Gesetz lediglich ein paar theoretische Hinweise enthalten, aber wenn die Durchführungsverordnung nicht weiter geht, wird es diesbezüglich sehr traurig bestellt sein. Im alten Oesterreich wurde der Privatindustrie lediglich „nahegelegt", nach Tunlichkeit auch länger dienende Unteroffiziere anzustellen, während wir schon den Zwang anwenden müssen.

Die konzessionierten Privatbetriebe werden künftig der Sorge nach tüchtigen Handelsakademikern enthoben sein und sie werden mit den von der Militärverwaltung zugewiesenen Unteroffizieren sicher die ganze Welt erobern!

Der Herr Verteidigungsminister hat die Zusicherung gegeben, daß in der Slowakei nur Unteroffiziere slowakischer Nationalität angestellt werden. Auf meine Frage, ob das analog auch für die deutschen Gebiete gelte, war seine Antwort nicht so klar; er hat nur gemeint, „nach Tunlichkeit und Möglichkeit" werde auch das geschehen.

Ich stelle hier fest, daß für jeden tschechischen Unteroffizier, der in irgendeiner öffentlichen Körperschaft des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes angestellt wird, die deutschen Regierungsparteien die volle moralische Verantwortung tragen.

Wer in aller Welt wird den schönen Worten glauben, die unser Gesandter in Berlin dem Reichspräsidenten kürzlich über die bestehenden ausgezeichneten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarsrepubliken gesagt hat, wenn man sieht, wie bei uns in Prag Wege der Gewalt und der unglaublichsten Rüstungen betreten werden.

Glaubt überhaupt irgend jemand, daß dieser Staat bei seinen ungünstigen Grenzen mit Waffen verteidigt werden kann?

1920 hat der Verteidigungsminister als Referent zum Wehrgesetz folgendes gesagt:

„Wir wissen auch, daß unsere strategische Lage uns häufig nötigen wird, die schwersten Probleme der Verteidigung des Staates zur Lösung eher dem Minister für auswärtige Angelegenheiten zu übertragen, als dem Kriegsminister."

Das war 1920, 1927 aber herrscht der Gott des Krieges, alle Schrecken des Weltkrieges sind vergessen.

Warnend erheben wir unsere Stimme, rechtzeitig zur Vernunft zurückzukehren, denn nur so werden Sie einer — wie die Geschichte es uns wiederholt gelehrt hat — allen Militärstaaten mit dem Untergang drohenden Katastrophe entgehen. Erklären Sie die Neutralität dieses Staates und Sie werden dadurch nicht nur erst wahre Sicherheit für das Staatsgebilde schaffen, sie werden auch durch die freiwerdenden Milliarden, die heute der Militarismus frißt, und durch die überflüssig werdenden persönlichen Blutopfer in diesem Staate Zustände schaffen, die wir alle als halbwegs gut werden bezeichnen können.

(Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)

Protest Rußlands in Peking.

Bruch zwischen Moskau und Peking?

Peking, 7. April. (Reuter.) In amtlichen Kreisen wird erklärt, daß die Hausdurchsuchung in den Gebäuden der Sowjetgesandtschaft deutliche Beweise erbracht habe, daß die Sowjets an dem Komplott beteiligt waren, das einen Umsturz in Nord-China vorbereitet haben soll. Der Außenminister der Pekinger Regierung, Wellington Koo, arbeitete auf Ansuchen Tschang-So-Lins einen Protest aus, der dem Leiter der Sowjetgesandtschaft zugesandt werden wird, und worin gesagt wird, daß die Sowjetgesandtschaft in Peking den Rebellen, die sich gegen die rechtmäßige Regierungsautorität aufgelehnt hatten, Unterkunft geboten habe. In zahlreichen Kreisen wird angenommen, daß es zu einem Abbruch der Beziehungen zwischen Peking und Moskau kommen werde.

Der sowjetrussische Geschäftsträger hat gegen das Vorgehen der chinesischen Polizei beim chinesischen Außenministerium energischen Protest erhoben. Die Erlaubnis zum Betreten des Gesandtschaftsviertels ist vom Doyen des diplomatischen Korps, dem niederländischen Gesandten, erteilt worden.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Samstag.

Prag, 349, 11: Schallplattenmusik. 11.40: Landwirtschaftlicher Rundfunk und Zeitsignal. 12.05: Pressenachrichten. 12.15: Mittagskonzert. 1. Strauß: „Graf Gallotte", Ouverture. 2. Urbach: Aus Schuberts Skizzenbuch. 3. Rubinstein: Neapolitanischer Fischer, Königs-Tambour und Marketenderin. 4. Millöcker: Träumerei. 13.15: Börsennachrichten. 16.45: Börsennachrichten und Hopfenmarktpreise. 17: Nachmittagskonzert. 1. Glinka: Das Leben für den Zar. 2. Meyerbeer: Arie aus „Hugenotten". 3. Gounod: Faust-Phantasie. 4. Mussorgskij: Mariens Lied aus „Boris Godunow". 5. Tschaikowskij: Variationen. 17.45: Vortrag: Fabrikschulen der Arbeiter." 18: Deutsche Sendung. Wetterbericht und Tagesneuigkeiten vom Prehbureau, hierauf: Prof. Dr. Erwin Klein, Prager Dichter. 18.30: Marionettentheater. 19.15: Landwirtschaftlicher Rundfunk. 20: Pressenachrichten und Wettervoraussage 20.08: Konzert: 1. Mozart: „Mithridate re di Ponto", Ouverture. 2. Mozart: a) Arie aus „Figaros Hochzeit": b) Konzert-Arie: No che non sei cappace 3. Lorbing: Balletmusik aus „Zar und Zimmermann". 4. Smetana: Zwei Wiegenlieder aus „Der Kuß". 5. Smetana: Dalibor. 21: Zeitsignal. Schauspiel: „Aus alten Zeiten" Posse von Hlavatý. 21.30: Leichte Musik. 1. Nedbal: Polenblut. 2. Sajahert: Japanische Pagode. 3. Waldteufel: Stromenzauber 20.02: Letzte Nachrichten des Prehbureaus. Uebersicht der Tagesereignisse. Sportnachrichten. 22: Zeitsignal. 22.15: Reproduzierte Tanzmusik.

Brünn, 441. 12.15: Mittagskonzert. Grieg: Peer Gynt. 2. Waldteufel: Vogelgesang. 3. Bizet: Die Schönen von Perth. 4. Cibulka: Der Wald flüstert, 5. Kral: Vom Herzen zum Herzen. 14.30: Prehnachrichten, Wetterbericht, Pressenachrichten, Sport und Theater. 17: Marionettentheater. 17.35: Deutsche Pressenachrichten. 17.45: Deutsche Sendung. Otto Teller: Rezitation. 18: Zeitsignal. Autonome Rundfunk. 18.20: Radiophonischer Kurs. Empfangsapparate. 18.40: Kulturelle Wochenübersicht. 19: Orchesterkonzert. 1. Cornelius: Ouverture „Der Barbier von Bagdad". 2. Urbach: Aus Moserts Reich. 3. Gounod: Intermezzo solennel. 4. Delibes: Intermezzo aus „Naila". 5. Wager: Phantasie aus „Tannhäuser". 20: Wie Prag. 21: Zeitsignal. 22: Zeitsignal. Wie Prag.

Prehburg. 300. 17.40: Kindermärchen. 18: Konzert. 1. Pigni-Puliro: Blümmblätter. 2. Dvořak: Arie aus „Die heilige Ludmila". 3. Godowsky: Aethiopische Serenade. Skriabine: Vers la Flamme 4. Bella: In der Fremde. 5. Szymanowski: Don Juan. 6. Schneider-Trnavský: Slowakische Volkslieder. 20: Wie Prag. 21: Zeitsignal. 22: Wie Prag.

Budapest, 556. 11: Schallplattenkonzert. 16: Vortrag für die Jugend. 17.02: Orchesterkonzert. 18.20: Die Entwicklung der Fahrzeuge. 19: Uebertragung aus dem Opernhaus. 22.30: Zigeunermusik. 24: Tanzmusik.

Daventry, 1600. 16: Opernmusik. 18: Kinderstunde. 19: Tanzmusik. 20.15: Ljapunow-Abend. 20.15. Bantock Abend. 22.35: Edward German-Abend. 23.30: Tanzmusik.

Rom. 323. 17.15: Kammermusik. 21: Theaterabend.

Wien, 517. 11: Vormittagsmusik 16.15: Nachmittagskonzert. 8.15: Amerikanische Dichtung. 19.30: Geschichte des deutschen Nachtwächters. 20.30: „Brüderlein fein". Singspiel von Karl. Jaxa Band.

Zürich, 404. 12.30: Schallplattenkonzert 15: Konzert. 16: Tanzmusik. 17.30: Handharmonikakonzert. 19: Glockengeläute. 19.30. Ueber die Ausbreitung der elektrischen Wellen. 20: Ländlermusik. 22: Moderne Tänze.

*

Deutschland.

Königswusterhausen. 1250. 15: Französisch. 15.30: Esperanto. 16: Ziele des neusprachlichen Unterrichts. 17: Fernsprechen im Weltverkehr. 17.30: Sorgenkinder des Arbeiters. 18: Technischer Lehrgang für Facharbeiter. 18.30: Wissenschaftlicher Vortrag für Zahnärzte. 18.55: Nordische Dichtung der Gegenwart. 20.30: Uebertragung von Berlin. 484. Heiteres Wochenende. 22.30: Tanzmusik.

Breslau, 316. 12.20: Schallplattenkonzert. 16.30: Unterhaltungskonzert 19: Die Formen der Konzertbildung. 20.25: Raveel Koppel-Abend. 22.15: Tanzmusik.

Frankfurt, 429. 15.30: Jugendstunde. 16.30: Moderne Opern. 18.45: Klosterkultur in altdeutscher Zeit. 20.15: Brahms-Feier: 2 Rhapsodien, Klarinettensonate. 3 Lieder. Streichquartett b-dur. 3 Lieder. Liebeslieder. Quintett g-dur. 22.30: Wie Berlin.

Hamburg, 395. 12.30: Mittagskonzert. 14.05: Hausmusik. 16.15: Zither- und Jodlerkonzert. 17: Fünfuhr-Tee. 18: Lustiges Wochenende. 19.35: Kulturgeschichte der deutschen Oper. 20: „Annemarie", Operette von Gilbert.

Langenberg, 459. 13.30: Harfenkonzert. 15.30: Kinder- und Jugendfunk. 17: Teemusik. 18: Klang- und Formmittel der Musik. 18.35: Indische Kultur 19.40: Helmholtz. 20.10: Ueber die Ursachen von Schülerselbstmorden. 21: Lustiger Abend. Tanzmusik

Leipzig, 365. 12: Tänze. 16.30: Nachmittagskonzert. 18: Bastelstunde. 19: Deutsche Luftschiffe. 19.30: Charakter und Willensfreiheit. 20.15: Humor aus vieler Herren Länder. 22.15: Tanzmusik.

München, 536. 14.30: Schallplattenkonzert. 16: Trennschärfe bei Detektorapparaten. 16.30: Nachmittagskonzert. 17.30: Tierfreundschaften. 18.45: Die Oper Gluck. 19.30: Liszt-Konzert. 20.30: Vorlesung Irene Triesch. 21: Unterhaltungskonzert. 21.35: Kabarett. 23: Tanzmusik.

Stuttgart, 380. 13.10: Schallplattenkonzert. 15: Märchen. 16: Unterhaltungskonzert. 18.15: Diamasurgie. 18.45: Verfall des Handwerks im 19. Jahrhundert. 19.15: Luftverkehr im Sommer 1927. 20: Kammermusikabend. Weiner: Sonate. Nadel: Klaviertrio. Funkorchl. 22.30: Wie Berlin.

Inland.

Verlogene Reklame.

Die „Deutsche Landpost" beschäftigte sich in einem ihrer letzten Artikel mit einem Beschluß der landbündlerischen Abgeordneten und Senatoren, die angeblich wegen der bei ihnen sich häufenden Gesuche und Interventionen von nun an in erster Linie nur mehr „die Angehörigen der eigenen Partei berücksichtigen" wollen. Die agrarischen Parlamentarier dürften die Interessen ihrer Wähler nicht zugunsten ihrer Widersacher vernachlässigen, zumal **„die Herren Vertreter der negativistischen Parteien sich die Sache sehr bequem machen", „sich um die Sorgen und Wünsche der Bevölkerungskreise, deren Repräsentanten im Parlamente sie sind, sich nicht weiter bekümmern",** so daß die vernachlässigten Wähler dieser Parteien gezwungen wären, ihre Rechte durch die Landbündler vertreten zu lassen. Daher eben die Stöße von Gesuchen und Interventionen, die in den landbündlerischen Klubs einlaufen. Die Bevölkerung sei nun schon daraufgekommen, daß die nichtaktivistische Politik zu nichts nütze sei und wende sich daher immer mehr den braven aktivistischen Pflichtmenschen vom Bund der Landwirte zu.

Man weiß wirklich nicht, ob man sich mehr über die marktschreierische Geschäftstüchtigkeit oder über die skrupellose Verlogenheit wundern soll, die aus diesem Artikel der „Deutschen Landpost" spricht. Zunächst: daß die Landbündler jetzt mehr Gesuche zugestellt bekommen als früher, mag ja stimmen. Aber daß sich Anhänger anderer Parteien (beispielsweise organisierte Sozialdemokraten) an die Landbündler in irgendeiner Angelegenheit wenden würden, das ist doch einfach erlogen und darum versucht es die „Landpost" auch gar nicht, auch nur einen einzigen Beweis für diese allgemeine Behauptung zu erbringen. Noch unverschämter aber ist der pauschale Anwurf, daß die Abgeordneten anderer Parteien als derer um Spina und Mayr-Harting sich um die Wünsche und Sorgen ihrer Wählerkreise nicht bekümmern. Der Artikelschreiber der „Landpost" hat sich da eine Dreistigkeit geleistet, die selbst in der täglich von Unwahrheiten und Entstellungen strotzenden landbündlerischen und klerikalen Presse nicht leicht ihresgleichen finden dürfte. Die „aktivistischen" Parteien sind ganz im Rechte, wenn sie sich um gar nichts anderes als um die Wünsche der Großgrundbesitzer, der Pfaffen und der Kerzelweiber kümmern. **Die Wahrung der Interessen der breiten Schichten der Bevölkerung überlassen sie ja ohnehin und seit jeher anderen,** wobei wahrlich Einzelgesuche und Interventionen die unbedeutendste Rolle spielen. **Sie, die Landbündler und Christlichsozialen, sind es ja, deren ganze Tätigkeit seit ihren Eintritt in die Regierung nichts anderes ist als ein ununterbrochener, schmählicher Verrat der Interessen der überwiegenden Mehrheit des Volkes!**

Die besondere Demagogie des „Landpost"-Artikels besteht darin, daß den Wählern eingeredet wird, ihre Wünsche würden nur befriedigt, wenn sie sie dem Bunde der Landwirte vortragen und wenn dieser ihre Sache in die Hand nimmt. Deswegen mögen sich jene, die etwas auf dem Herzen haben, nur vertrauensvoll an die Landbündler wenden. Voraussetzung ist — eine Kleinigkeit — der Nachweis der agrarischen Parteimitgliedschaft! Dem Wähler wird also vorgegaukelt, daß die „Macht", eine Intervention erfolgreich zu führen, nur bei den aktivistischen Parteien liege. Was ist das doch für ein elender Schwindel, zumal angesichts der Tatsache, daß die deutschen Regierungsparteien in eben dieser Regierung nicht einmal das fünfte Rad am Wagen sind, daß die Svehla und Šramek mit dem Spina und Mayr-Harting täglich treiben, was sie wollen, daß diese Parteien in der Regierung nur geduldet sind und jedesmal den Fußtritt angekündigt bekommen, wenn sie es ja wagen, auch nur aufzumucken. Diese Nullen, die nur als Barrierestöcke und als Winsler um Begünstigungen für Großagrarier und um Pfaffenvorrechte in Erscheinung treten, erkühnen sich, den Nutzen der „aktivistischen" Politik durch angeblich besondere Qualifikation zur Erledigung von Bittgesuchen nachzuweisen! Die Wahrheit ist, daß die Bevölkerung immer geschlossener und energischer gegen die erbärmlichen Erzeugnisse dieser aktivistischen Politik auftritt, daß die Parteien der Spina und Mayr-Harting nicht mehr ein und aus wissen und darum glauben, ihr ramponiertes Geschäft mit allen Mitteln, also auch dem einer verlogenen Reklame, stützen zu müssen. An Gewinn wird ihnen aber diese Reklame das können wir ihnen als sicher voraussagen, nicht bringen, was schwarz unterm Nagel liegt!

Eine Dienstordnung für die Postler. Gleichzeitig mit der Dienstordnung der Eisenbahnangestellten wurde auch die Dienstordnung für die Angestellten des Postministeriums herausgegeben. Die Uneinigkeit unter den Postangestellten dürfte mit schuld daran sein, daß die Durchführungsverordnung, die ohne Verhandlungen mit den Organisationen der Postler erschien, nicht widerrufen wurde. Die Dienstordnung bedeutet in vielen Punkten eine Benachteiligung der Postangestellten. So wurden ihnen nach dem Gehaltsgesetz vom Jahre 1926 die neunfachen Gehälter des Jahres 1914 versprochen, aber in der Dienstordnung kommt dies nicht zum Ausdruck. Die Differenzen belaufen sich in manchen Fällen bis auf 7000 K jährlich. Wie weit die Einschränkung der Postler geht, wird aus der Bestimmung ersichtlich, daß die **„Postverwaltung den Angestellten die Mitgliedschaft in jeder Organisation verbietet, welche nach ihrer Ansicht die Interessen des Postunternehmens schädigt."**

Autonomer Zolltarif gegen Oesterreich.

Prag, 7. April. Der Ministerrat beriet heute neuerlich über seinen Standpunkt zu den österreichischen Vorschlägen für den Abschluß des tschechoslowakisch-österreichischen Handelsvertrages. Der Ministerrat beschloß, daß er die österreichischen Vorschläge nicht annehmen könne.

Von österreichischer Seite wurde erklärt, daß mit dem rechtzeitigen Abschluß eines neuen Vertrages nicht zu rechnen sei, und daß der geltende Vertrag deshalb am 16. d. ablaufe. Es wurde vereinbart, die Verhandlungen nach dem Außerkrafttreten des bisherigen Vertrages sofort wieder aufzunehmen und möglichst rasch zu beendigen. — Für die Zwischenzeit treten die Sätze des autonomen Zolltarifs in Geltung.

Tagung der Bühnenangestellten.

Generalversammlung des Bundes der Angestellten der deutschen Theater in der Tschechoslowakischen Republik.

Im Täubensaale des deutschen Hauses fand am 5. April die diesjährige Generalversammlung des Bundes der Theaterangestellten statt. Sie war von 24 Delegierten und drei Gästen beschickt.

Genosse Rauninger (Stadttheater Teplitz) eröffnete die Versammlung und begrüßte nebst den Delegierten mit besonderer Herzlichkeit Genossen Abg. Schäfer für den deutschen Gewerkschaftsbund, Gen. Eisler-Wien für die österreichische Bruderorganisation, Genossen Köhler-Prag für den Zentralverband der Angestellten Teplitz (Ortsgruppe Prag). Er wies auf die großen Erfolge hin, die der Bund im verflossenen Jahre erzielt hat und hofft, daß auch die diesmalige Generalversammlung von gewerkschaftlichem Geist erfüllt sein werde. Genosse Abg. Schäfer überbrachte Grüße des deutschen Gewerkschaftsbundes und wies auf den Generalangriff hin, den die vereinigten kapitalistischen Parteien gegenüber den gesamten Angestellten und arbeitenden Schichten dieses Staates vorbereiten, speziell auf die ersten Anzeichen eines Angriffes auf das Koalitionsrecht und Organisationsrecht und bemerkt, daß auf der ganzen Linie sich die Reaktion durch einen Abbau der Sozialpolitik fühlbar mache, den nur die vollste Solidarität aller freien Gewerkschaften dieses Staates abwehren kann.

Genosse Eisler-Wien teilt mit, daß die österreichische Bruderorganisation jetzt ihre ganze Tätigkeit den am 24. April stattfindenden Nationalratswahlen zuwenden müsse, denn engverbunden mit den Interessen des Bühnenvereines sei die politische Situation dieses Landes. Er erhofft bestimmt den Sieg der Sozialdemokratie, die auch eine Verbesserung der Lebenslage der österreichischen Bühnenangestellten mit sich bringen wird.

Genosse Köhler begrüßt die Tagung im Namen der übrigen Angestelltenorganisationen dieses Landes und weist auf die gleichen Interessen und ähnlichen Kämpfe dieser Gewerkschaften hin.

Hierauf ergreift Präsident Gen. Kopka das Wort zu einem ausführlichen Rechenschaftsbericht, und erwähnt eingangs, daß nur durch einen Ausbau der Organisation gute Existenzbedingungen und durch sozialen Fortschritt die Kunst und die Künstler gefördert werden können. Auch die Bühnenangehörigen müssen von der tiefen Erkenntnis durchdrungen werden, daß ihre Lebensinteressen mit denen der Angestellten und Arbeiter dieses Staates eng verbunden sind und nur durch diese Gemeinschaft Nützliches und Ersprießliches geschafft werden kann. Er weist auf die großen Kämpfe hin, die der Bund nicht nur im Interesse seiner Mitglieder, sondern aus kulturellen Gründen in Teplitz geführt und siegreich beendet hat.

Herr Ubel (Stadttheater Teplitz), der auch den Rechenschaftsbericht übermittelte, sprach über das Genfer System und über deren Bedeutung für die Bühnenangehörigen. Es wurden hierauf Fachfragen und Rechtsschutz gründlich behandelt.

Die Beratungen haben gezeigt, daß auch in den Kreisen der Bühnenangehörigen und Künstler der Gedanke der freien Gewerkschaft und des Klassenkampfes feste Wurzeln gefaßt hat. Als bester Beweis hiefür und als Dank für den auf drei Jahre abgeschlossenen günstigen neuen Kollektivvertrag kann gelten, daß der gesamte Vorstand unter Führung des bewährten Ehrenpräsidenten Willi Rösner (Deutsches Theater Prag) und des Gen. Präs. Kopka, Vizepräsidenten Gen. Rauninger unter begeistertem Beifall der Anwesenden wieder gewählt wurde.

Die Pekinger Affäre durch eine diplomatische Dummheit ermöglicht?

Rußland hatte auf alle „Vorrechte" verzichtet!

Paris, 6. April. (Havas.) In offiziellen französischen Kreisen wird erklärt, die chinesischen Behörden hätten beim diplomatischen Korps einen Antrag auf Haussuchung in einer russischen Bank gestellt, die im Gesandtschaftsviertel liegt. Da die Sowjetregierung auf sämtliche Vorrechte in China verzichtet hat, kann diese Bank kein Exterritorialitätsrecht für sich in Anspruch nehmen. Da das diplomatische Korps sich daher der Haussuchung nicht widersetzen konnte, wurden die chinesischen Behörden ermächtigt in das Gebäude der Bank einzudringen.

Das Ende eines Böhmerwald-Armenschen.

Sonntag, den 3. April wurde in Wallern der weltbekannte „Zeisl Razl" (Ignaz Böhm) im Alter von 73 Jahren zu Grabe getragen. Er

war früher einmal holzberechtigter Bürger in Wallern und ist durch verschiedene Ursachen um sein ganzes Vermögen gekommen. Seit Jahren hat er im Sommer im Walde und im Winter in Scheunen, Ställen, usw. geschlafen. Kein Wetter konnte seiner robusten Natur etwas anhaben. Einmal begoß ihn jemand bei 20 Grad Kälte ganz mit Wasser, so daß seine Kleider ganz gefroren, ohne daß dies seiner Gesundheit irgendwie geschadet hätte. Von der Gemeinde ließ er sich nicht unterstützen. Als er ins Armenhaus gebracht wurde, lief er wieder davon. Er war ein origineller Kauz, der von Wallern sogar nach Prachatitz Zwiebel laufen ging. Durch seine Grobheit erreichte er, daß ihn alle lieb hatten. So z. B. erhielt er einmal von einem Wallerer Arzt, dem Herrn Dr. Sterz einen größeren Geldbetrag mit der Weisung, daß er nun einen ganzen Monat nicht mehr kommen dürfe. Nächsten Tag war er wieder da und deswegen vom Arzt zur Rede gestellt, sagte er „Du zuwagremter (herbeigelaufener) bayrischer Hund" glaubst ich komm zu Dir, ich geh ja zu Deiner Frau!" Eine Wiener Filmgesellschaft hat ihn für einen Film aufgenommen, mit seinem großen weißen Vollbart und seinen zerrissenen Kleidern machte er wirklich den Eindruck eines Urmenschen. Weil er aber immer voll Läuse war, nahm ihn auch niemand ins Quartier. Vorige Woche suchte er bei seinem Neffen in Wallern wieder Unterkunft und ist dort auf den Boden hinaufgestiegen. Die Leiter ist dabei umgefallen, wodurch er sich schwere Verletzungen zuzog und hierauf im Stall sein Leben aushauchte. Auf einem Mistwagen soll er dann zum Friedhof gefahren worden sein. Mit dem Zeisl Razl ist eine der originellsten Böhmerwaldfiguren nun verschwunden.

Tages-Neuigkeiten.

Das Ende der slowakischen Räuberbande.

Wie wir bereits gestern berichteten, haben zwei Detektive die Identität des letzten erschossenen Raubmörders von Velka Biesa festgestellt. Dieser, der Kutscher Rudolf Andrassi, war wegen verschiedener Raubüberfälle, deren Zahl sich auf 22 beläuft, zu sechs Jahren Kerker verurteilt worden, die er in der Iglauer Strafanstalt abbüßte. Auf der Polizeidirektion in Preßburg wurde Mittwoch die Gattin Andrassis einvernommen, die angab, daß ihr Mann am 30. März um sechs Uhr früh vom Haus wegging. Er hatte angegeben, daß er Arbeit suchen gehe und abends zurückkehren wolle. Seit dieser Zeit aber hat er nichts von sich hören lassen. — Die Identität des Mörders wird auch daktyloskopisch in Preßburg festgestellt werden.

Jetzt, da das Treiben der Raubmörder aus Velka Biesa beendigt ist, ist es möglich eine Uebersicht zu geben, was alles diese Raubmörder auf dem Gewissen haben. Ihr erstes Opfer war der Gärtner Nyssi, der von der Bande in Preßburg erschossen und beraubt wurde. Dann folgte der bekannte Ueberfall auf die Agrarbank in Velka Biesa, dort wurde der Geschäftsdiener Gajdosik erstochen. Bei der Verfolgung der Räuber wurde im Walde der Wachtmeister Kratochwil erschossen, später der Wachtmeister Alsinger. Der Räuber Pihodnš erschoß sich aus Furcht vor Strafe selbst. Der Bauer Juraj Janoška, der von den flüchtigen Räubern angeschossen wurde, starb Mittwoch. Der Räuber Merkl erlag seiner schweren Verwundung und an dem Aufkommen seines Verfolgers Juraj Pazdernik, der in den Bauch getroffen wurde, wird gezweifelt. Nachdem nun der Räuber Andrassi erschossen wurde, gingen insgesamt acht Menschenleben zugrunde und das Leben eines neunten hängt an einem Faden. Der Führer der Räuberbande war der 33jährige Ludwig Hasner, ein ehemaliger ungarischer Oberleutnant, der nach der Matura die Honvedakademie in Budapest absolvierte.

Das Urteil über die festgenommenen Räuber wird in Preßburg gefällt werden, wo das erste Verbrechen verübt wurde.

Eine neue Räuberaffäre. Die „Moravske Noviny" berichten unter dem 7. ds. aus Ungarisch-Hradisch: Heute gegen drei Uhr morgens hörte der Wachmann Hubinka in Ungarisch-Hradisch ein verdächtiges Geräusch, das aus dem Hofe des Hotels „Kamareith" kam, wo die „Domovina" ihren Konsum hat. Der Wachmann betrat den Hof und erblickte dort einen unbekannten Mann, der daran war, in den Konsum einzubrechen. Der Wachmann forderte den Räuber auf, die Hände hoch zu heben, doch dieser warf sich gegen ihn mit dem Messer in der Hand. Der Räuber wurde zurückgestoßen und als er einen neuen Angriff unternehmen wollte, forderte ihn der Wachmann auf, stehen zu bleiben, da er sonst schießen würde. Der Räuber gehorchte aber nicht und trat aufs neue dem Wachmann entgegen. Dieser schoß und der Räuber sank mit durchschossenem Kopfe tot zu Boden. Im Räuber, dessen Leichnam in die Leichenhalle gebracht wurde, wurde der bereits mehrfach vorbestrafte 33jährige Anton Bolavik aus Kunovitz erkannt.

Ein Opfer nationalistischer Spielerei. In Bokau bei Aussig hat sich in der Nacht von Samstag auf Sonntag der 17jährige Schüler des Aussiger Realgymnasiums Ehrenfried Knischek mit einem von ihm vor längerer Zeit gekauften Revolver erschossen. Die Vorgeschichte, die zu diesem für die Eltern so schmerzlichen und für die Schule gewiß recht unangenehmen Fall führte, wirft ein besonderes Licht auf das unverantwortliche Treiben gewisser Herren, die sich zu den reinrassigsten Deutschen zählen. In Aussig besteht seit längerer Zeit der Sängerbund „Gothia", eine Verbindung, die sich aus Deutschnationalen und Hakenkreuzlern zusammensetzt und in der „Kurzweilmühle" ihre Saus- und Tanzzusammenkünfte abhält. Dieser Verbindung wurden auch einige Schüler des Staatsrealgymnasiums, darunter Ehrenfried Knischek, zugeführt, die ihren Stolz durch Kappe, Band, Bierglas und Mädchen befriedigt sahen. Junge Leute mit 16 und 17 Jahren lassen sich ja nicht unschwer zu solchen „Vergnügungen" verleiten, die sie natürlich vom Lernen abhalten und geistig und sittlich gewiß nicht erheben. Die Schulleitung kam aber dahinter und mußte, so wie im Vorjahre gegen eine katholische Verbindung, jetzt gegen die nationale Verbindung vorgehen. Das Professorenkollegium verhängte, nach einer Beratung über die Vorfälle in der „Ghothia", gegen sieben Schüler 8 bis 16 Stunden „Karzer". Knischek bekam acht Stunden zudiktiert. Am Freitag nachmittag war Knischek anstatt in der Schule im Kino, und sein Vater, der davon erfuhr, holte ihn und schickte ihn zur Schule. Am Nachhauseweg äußerte sich Knischek einem Mädchen gegenüber, daß er sich erschießen werde, was diese aber nicht ernst nahm. Nicht ganz zwei Tage später erfolgte die Tat. Knischek wird als mittelmäßig und psychopathisch veranlagt geschildert; er soll schon vor längerer Zeit Selbstmordabsichten geäußert haben. Trotzdem ist dieser Fall eine Warnung für alle Eltern, ihre Kinder gegen die seelischen und körperlichen Schäden derartiger nationalistischer oder klerikaler Saus- und Schlagverbindungen zu schützen.

Eine Niederlage Gajdas in Proßnitz. Mittwoch abends veranstaltete die faseistische Gemeinde in Proßnitz eine Versammlung, an der nach anderen Rednern auch der Führer der Faseisten, Gajda, sprechen sollte. Als dieser aber die Tribüne betrat, hinderte ihn eine große Anzahl von Sozialisten, die zur Versammlung erschienen war, am Sprechen und stimmte die „Internationale" und dann die „Rote Fahne" an. Gajda nahm noch zweimal Anlauf zu seinem Referat, kam aber wegen der Demonstrationen der Sozialisten gegen ihn nicht vorwärts. Schließlich sah sich der Vorsitzende veranlaßt, um Zusammenstößen vorzubeugen, die Versammlung vorzeitig zu schließen.

Der Postverkehr zu Ostern. Am 16. April nachmittags werden die Amtsstunden im Postdienste um 13 Uhr beendigt. Die Paketzustellung erfolgt aber wie gewöhnlich. Am 18. April wird der Dienst wie an Sonntagen gehalten, die Telegraphen- und Telephontarife werden jedoch wie an Wochentagen berechnet.

13 Bergleute vergiftet. Während der gestrigen Frühschicht fielen auf dem Gargenschacht der De Wendelschen Gruben in Lothringen durch das Einatmen giftiger Gase, die einer im Förderstollen verwendeten Benzollokomotive entströmten, 13 Bergleute in Ohnmacht. Die Verunglückten wurden geborgen. Die Vergiftungen sind größtenteils schwerer Natur.

Gefährliches „Alteisen". In der Metallhütte „Katharina" in Sosnowitz in Polen ereignete sich eine schreckliche Katastrophe. Während des Einschmelzens von Alteisen explodierte im Martinofen eine Granate, welche sich in dem Alteisentransport befand und nicht bemerkt worden war. Es wurde ein Arbeiter getötet und 12 teils schwer, teils leicht verletzt.

Wieder ein Eisenbahnattentat. Gestern wurde dem Berliner „Lokalanzeiger" zufolge auf einen D-Zug Leipzig—Dresden bei Riesa ein Attentat verübt. Gegen einen Wagen 3. Klasse wurde ein Stein geschleudert, der eine Scheibe zertrümmerte und einen Reisenden am Kopfe verletzte. Zu gleicher Zeit wurde ein Schuß auf den Packwagen abgegeben, der jedoch niemanden verletzte.

Der Hakenkreuzler im Judenviertel.

Dr. Riehl wird doch nicht in der Leopoldstadt kandidieren!

Wien, 7. April. (Eigenbericht.) Die Christlichsozialen haben sich entschlossen, die Kandidatur des Hakenkreuzlers Dr. Riehl in der Leopoldstadt zu widerrufen und ihn in Mariahilf zu kandidieren. Diese Umgruppierung geschah in der Form, daß eine Deputation eines Gewerbevereines bei Riehl erschien und ihn ersuchte, auf die Kandidatur in der Leopoldstadt zu verzichten, wozu er sich bereit erklärte. Er wurde daraufhin in Mariahilf aufgestellt; auch an dieser neuen Stelle ist seine Wahl um nichts aussichtsreicher.

Der Mörder des Lemberger Schulkurators. An der polnisch-tschechoslowakischen Grenze im Bezirke Ndelinkow wurde von der Polizei der Mörder des Lemberger Schulkurators Sobinski, der Ukrainer Wasil Atamanczuk, verhaftet. Atamanczuk wurde in dem Momente festgenommen, als er gerade aus der Tschechoslowakei kommend, die polnische Grenze zu überschreiten versuchte. Er wurde unter starker Polizeibedeckung aus Strij nach Lemberg gebracht. Im Zusammenhange mit seiner Verhaftung wurden in Lemberg unter den Ukrainern zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer in der Tschechoslowakei. Der Stand der Rundfunkteilnehmer betrug am 28. März 196.000. Nach der Zahl der täglichen Neuanmeldungen zu schließen, mochte zum 1. April bereits eine Gesamtzahl von 200000 Radioteilnehmern in der ganzen Republik erreicht worden sein.

Das Elend der Diamantengräber. Während man gewöhnlich nur von den wenigen Glückspilzen hört, die auf den Diamanfeldern Reichtümer gewinnen, verdient das düstere Bild viel mehr Beachtung, das das Schicksal der Tausende von Abenteurern schildert, die jetzt auf den neuen Diamantfeldern in dem Lichtenburg-Gebiet im westlichen Transvaal ihr höchst zweifelhaftes Glück suchen. Nach Meldungen aus Kapstadt sind die Lebensbedingungen „geradezu jämmerlich". Die Leute sterben wie Ratten an Verdauungsstörungen, besonders viele Kinder. Tausende von Diamantengräbern und ihre Familien sind dem Hungertode nahe oder können sich nur eine einzige Mahlzeit am Tage leisten, die aus Mais besteht. Auch die bescheidensten hygienischen Maßnahmen fehlen. Tausende dieser Glücksucher haben, gebrochen an Geist und Körper, ihre Arbeit eingestellt.

Ein Versicherungsmord? Sonntag wurde auf Grund einer Anzeige seines Mitbewohners der 22jährige beschäftigungslose Wenzel Hauk in Prag verhaftet, da gegen ihn der Verdacht des Diebstahls von 1000 K bestand. Noch am selben Tag lief bei der Polizei die Anzeige ein, daß Hauk verdächtig sei, Ende Feber seine Schwester in Stary Bragovn im Bezirk Brandeis ermordet zu haben. Hauk stellt die Sache so dar, daß seine Schwester eine Pistole gegen ihn erhob, und daß, als er auf sie zugesprungen sei, um sich zu wehren, der Schuß losging. Nun hat es sich herausgestellt, daß die Schwester auf 100.000 K bei der Prager städtischen Versicherungsanstalt versichert war. Zweimal war die Prämie — 733 K vierteljährlich — erstattet worden, beidemal von Hauk. Er wird verdächtigt, daß er, als das Geld ausging, sich zur Tat entschlossen habe. Bisher leugnet er aber den Zusammenhang mit der Versicherung.

Hilda Hanika soll auf freien Fuß gesetzt werden? Wie verschiedene Blätter berichten, soll die wegen Anstiftung zum Gattenmord verurteilte Kapitänswitwe Hilda Hanika aus Brünn demnächst aus der Haft entlassen werden. Sie ist mit einem schweren Lungenleiden behaftet. Ihr Verteidiger hat vor einiger Zeit um ihre Entlassung aus der Strafanstalt angesucht, da er sie in sein Haus in Königsfeld aufnehmen will. Die Entscheidung liegt bei der Kanzlei des Präsidenten.

Neue Radiumfunde in Joachimsthal. Wie die „Prager Presse" meldet, wurden vor kurzem in Joachimsthal (die „Prager Presse" kennt nur ein „Jáchymov") größere Lager von radiumhältigen Erzen aufgedeckt. Innerhalb einer ganz kurzen Frist wurden 12 Gramm neuerlich gewonnen, wovon aber vorläufig nur 6,5 Gramm zur Verfügung stehen. Die Nachrichten, daß man an einen Verkauf von Radium nach dem Auslande denkt, seien unbegründet, da die vorhandenen Bestände an Radium noch nicht einmal hinreichen, die staatlichen Anstalten und Krankenhäuser mit entsprechenden Radiummengen zu versehen. Ausnahmsweise werden kleine Mengen von Radium leihweise ausländischen Versuchsanstalten und Forschern überlassen.

Bau eines neuen Krankenhauses in Prag. In der nächsten Zeit wird ein Ausschuß aus Vertretern des Gesundheitsministeriums, der politischen Landesverwaltung und des Professorenkollegiums beider medizinischen Fakultäten die Regelung der Prager Krankenhausfrage prüfen. Es handelt sich vor allem um die Finanzlage des Krankenhauses und um die Revision der lokalen Verhältnisse, die durch den Bau eines neuen Krankenhauses am linken Moldauufer geregelt werden soll.

Jene, die Hund oder Katze haben, werden von der Vereinigung der Tierfreunde in Prag aufmerksam gemacht, daß es zweckmäßiger sei, neugeborene Hunde und Katzen, bis auf ein Tier, in möglichst schmerzloser Weise zu töten, als eine ganze Anzahl von Tieren einem unsicheren und meist qualvollen Schicksal auszusetzen. Die Vereinigung bittet deshalb alle wahren Tierfreunde, alle die jungen Tiere, für welche keine sichere und wirklich gute Unterbringungsmöglichkeit besteht, entweder unter Zuziehung eines Tierarztes durch Chloroform oder ein schnellwirkendes Gift töten zu lassen oder ihnen auf eine humane Art und auf raschestem Wege das Leben zu nehmen.

Die Forderungen der Schleifer.

Eine große Enquete.

Tannwald, 7. April. (Eigenbericht.) Trotzdem der Ausnahmszustand für den Tannwalder Bezirk in den Ortschaften des Gablonzer Bezirkes unverändert besteht, ist der heutige und gestrige Tag in vollster Ruhe verlaufen. Im Anschluß an die Aktion des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament sowie des Genossen Abgeordneten Roscher im Einvernehmen mit dem Zentralverband der Glasarbeiter fand heute bereits in Morchenstern eine Enquete der Interessentengruppen statt. An dieser Enquete nahmen auch die Vertreter des Handelsministeriums, des Ministeriums für soziale Fürsorge, des Ministeriums für Inneres, des Ernährungsministeriums und der politischen Landesverwaltung, außerdem nahm auch die Handelskammer in Reichenberg und der Zentralverband der Glasarbeiter in Tannwald nebst dem Gehilfenausschuß teil. Als erster Redner sprach im Namen des Zentralverbandes der Glasarbeiter, der Genosse Neumann, welcher einleitend darauf hinwies, daß in der 37jährigen Tätigkeit dieses Verbandes, wo es ebenfalls schon oftmals zu Sturm- und Drangperioden gekommen ist, heute das erstemal ist, daß eine derartige Tagung unter dem Ausnahmszustand stattfindet. Redner beschäftigt sich dann auch mit dem Schmirgelverbot und wies darauf hin, daß durch das Verbot nichts getan ist, wenn man nicht den Ursachen der gegenwärtigen trostlosen Verhältnisse der Gablonzer Industrie nachgeht und versucht, auf Grund der festgestellten Ursachen Abhilfe zu schaffen. Er sprach dann über die gesamten wirtschaftlichen Zusammenhänge, wobei er auch auf die Anzeichen hinwies, die mit zu der gegenwärtigen Situation beigetragen haben, und legte dann am Schlusse seiner Ausführungen im Namen des Zentralverbandes der Glasarbeiter mit dem Sitz in Tannwald folgende dringende Forderungen.

1. **Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes und Enthaftung der Eingesperrten.**

2. Einleitung einer **großzügigen Hilfsaktion** für die Arbeitslosen und Kurzarbeiter und Bereitstellung der erforderlichen Mittel seitens der Regierung für die Zwecke dieser Hilfsaktion.

3. Bessere **Fürsorge für die Arbeitslosen** durch die sofortige Schaffung eines entsprechenden Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung, nach welchem die Unterstützung des Staates zumindest für die Dauer eines Jahres zur Auszahlung gelangt.

4. Durchgehende **Bekämpfung der Teuerung** seitens der Regierungsstellen durch Gewährung von Frachtbegünstigungen auf Lebensmittel für diese Gebiete. Strenge Kontrolle der Warenpreise für alle Bedarfsgegenstände, **Ausbau der bestehenden Wucherämter,** und strengere Bestrafung aller jener, welche Wucher mit den Lebens- und Bedarfsartikeln treiben.

5. Einführung einer strengen Kontrolle zur **Ueberwachung des Achtstundentages,** besonders in den kleineren Betrieben und strenge Bestrafung derjenigen, welche sich Uebertretungen des Gesetzes über den Achtstundentag zuschulden kommen lassen.

6. **Anerkennung** der von der Arbeiterschaft bestimmten **Vertrauenspersonen.** Als Kontrollorgane zur Ueberwachung der durch das Gesetz vom 12. Dezember 1919 geschützten Lohn- und Arbeitsbedingungen, Ausstattung dieser Vertrauensmänner mit Legitimationen seitens der in Betracht kommenden Behörden auf Grund welcher ihnen eine ungehinderte Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen in allen Gebieten, wo die Gablonzer Industrie vorherrscht, gestattet ist.

7. Beschleunigung und **Verschärfung des Strafverfahrens** für jene Anzeigen, welche auf Grund des Gesetzes vom 12. Dezember 1919 gemacht werden.

8. **Schaffung eines Schmirgelverbotes** für alle Artikel der Minimallohnliste, sowie der Spezialartikel der Kristall- und Flakonbranche. Einsetzung von Schiedskommissionen, welchen die Entscheidung zufällt über jene Artikel, wo Zweifel bestehen, ob sie unter das Schmirgelverbot fallen.

9. Ehester **Abschluß der Handelsverträge** mit unseren Nachbarstaaten unter besonderer Berücksichtigung der Gablonzer Glasindustrie.

10. Weitgehendste **Förderung für das Herstellen neuer Muster in der Gablonzer Glasindustrie** seitens der Regierung. Entsprechende Verbesserungen der gesetzlichen Bestimmungen über Musterschutz.

11. Besondere **Förderung der Gablonzer Industrie** seitens der Regierung durch Gewährung von **Frachtermäßigungen auf Industriekohle,** sowie Exportsendungen, die für das Ausland bestimmt sind.

Die folgenden Redner auf der Enquete schlossen sich im allgemeinen diesen Forderungen an und es haben auch die einzelnen Vertreter der Ministerien zugesagt, ihren Zentralen darüber zu referieren und für die Durchführung Sorge zu tragen. Bei allen Rednern kam einheitlich zum Ausdruck, daß die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes notwendig ist.

Kritischer Stand der Verhandlungen in den Banken.

Gegenüber den Nachrichten über die zwischen dem Bankenverbande und den beiden Beamtenorganisationen geführten Verhandlungen, in welchen es hieß, daß es zu einer Annäherung beider Vertragsteile gekommen sei, veröffentlichen beide Organisationen folgenden in allgemeinen Grundzügen gehaltenen Bericht:

Prag, 7. April. Gegenüber den Nachrichten über die zwischen dem Bankenverbande und den beiden Beamtenorganisationen geführten Verhandlungen, worin es hieß, daß es zu einer Annäherung beider Vertragsteile gekommen sei, veröffentlichen beide Organisationen den folgenden Bericht:

Die in den letzten Wochen einberufene engere Verhandlungskommission hat neuerlich über die wichtigsten strittigen Punkte der Dienstpragmatik und des eigentlichen Kollektivvertrages verhandelt. Die Beamtenvertreter stießen jedoch, obwohl sie den Vertragsabschluß dadurch zu erreichen bemüht waren, daß sie Kompromisse angenommen hätten, worin nicht einmal alle Bedingungen des bisherigen Vertragszustandes (status quo) enthalten gewesen waren, auf unannehmbare Forderungen des Bankenverbandes, der nicht nur für die gegenwärtige Zeit, sondern auch für die Zukunft weitgehende Verschlechterungen der jetzigen Regelung des Dienstverhältnisses verlangt.

Die Banken stellen die Forderung auf, eine gewisse Anzahl von Beamten, darunter auch solche mit Vorpraxis, außerhalb der Dienstpragmatik annehmen zu dürfen, und wollen nicht einmal grundsätzlich ihre Pragmatik nach 3 Jahren zusichern. Die für die Kündbarkeit der definitiven Beamten festgesetzten einschränkenden Bestimmungen sollen für den Fall von Fusionen der Banken, bei Auflösungen von Filialen und auch dann keine Geltung haben, wenn es zum Beamtenabbau infolge „höherer Weisungen" kommen sollte. Das Pflichtavancement soll in der Weise eingeschränkt werden, daß es von der 20. Stufe des Grundgehaltes, der für Beamte mit vollkommener Vorbildung K 12.000 jährlich und für Beamte mit unvollkommener Vorbildung K 9000.— beträgt, nicht mehr gelten würde. Diese Einschränkung soll auch auf die bestqualifizierte Beamtenschaft ausgedehnt werden, die bisher das Avancement bis zur 35. Stufe zugesichert hatte.

Die für die Beamtenschaft in exponierten Städten (Slowakei) eingeführten Ortszulagen wären etappenweise bis zum 1. Juli 1929 vollkommen abzubauen. In der Frage der Steuerreform verlangen die Banken, daß sich die Beamtenschaft mit einer nach dem Stande vom 1. Jänner 1929 berechneten Ausgleichszulage zufrieden geben soll. Dieses System, das zweifellos für die Bankenfunktionäre mit hohem Einkommen große Vorteile hat, bedeutet andererseits für die subalterne Beamtenschaft, daß die Banken zwar die neue Einkommensteuer sowie die sozialen Angestelltenquoten, die bisher von den Banken bezahlt wurden, „ersetzen" würden; jedwede künftige Erhöhung dieser Zahlungen, sei es infolge Erhöhung des Einkommens, sei es infolge gesetzlicher Neuregelung der Angestelltenversicherung ging bereits zu Lasten des Beamten, und neuaufgenommene Beamte würden aus diesem Titel keinerlei Ersatz erhalten.

Mit Rücksicht darauf, daß die Vertreter des Bankenverbandes ihre Stellungnahme als letztes Wort bezeichneten, stellten die Beamtenvertreter fest, daß zwar eine Einigung in einigen anderen Punkten beider Verträge (z. B. in der Frage der Alimentationszulagen) möglich wäre, daß sie jedoch, soweit die oben angeführten Abschnitte in Betracht kommen, auf ihren Anträgen beharren müßten. Ferner teilten sie mit, daß sie ihren für die nächsten Tage einberufenen Institutionen einen Bericht über den unbefriedigenden Stand der Verhandlungen vorlegen werden, wobei dem Bankenverband keineswegs verheimlicht wurde, daß, falls die Banken auf ihrem intransigenten Standpunkt beharren würden, notwendigerweise auch mit einer ernsten Krise der Verhandlungen gerechnet werden müsse.

Aussperrung der Breslauer Metallarbeiter.

Berlin, 7. April. (Eigenbericht.) Die Breslauer Metallarbeiter sind seit heute morgens ausgesperrt. Es handelt sich um über 10.000 Arbeiter, die für ihren Bezirk die Annahme des Schiedsspruches abgelehnt hatten. Die Unternehmer haben den Schiedsspruch für ganz Schlesien abgelehnt. Die Behörden dürften sofort neue Schlichtungsverhandlungen einleiten.

Genossen! Genossinnen!

In
jeder Betriebsversammlung,
jeder Gewerkschaftsversammlung,
jeder Genossenschaftsversammlung,
jeder Wählerversammlung,
jeder Frauenversammlung,
jeder politischen Versammlung,
jeder Versammlung oder Sitzung einer proletarischen Organisation **sollt Ihr für die**

sozialdemokratische Parteipresse

intensivste Werbearbeit leisten

Gerichtssaal.

Der Kriegsanleihebetrugsprozeß gegen Salda, Groh und Konsorten.

Prag, 7. April. Der heutige Verhandlungstag brachte ein paar Zeugeneinvernahmen, unter denen die Aussage des Dr. Rokyta vom Kontrollamte die wichtigste ist. Aus dieser geht hervor, daß die berühmte Kotva Kriegsanleihen um 17 Millionen substituiert hatte, von welchen nur 10 Millionen ordnungsgemäß gestempelt waren, die Lidova Zalozna zeichnete um 5 Millionen Kriegsanleihe gegen Freiheitsanleihe, wovon nur 400.000 Kronen richtig gestempelt waren.

Aus der Zeugenaussage gewinnt man den Eindruck, daß das Kontrollamt wahrscheinlich nie darauf gekommen wäre, daß hier solche Millionenfälschungen begangen wurden, wenn nicht der Schwindel mit der Kotva aufgeflogen wäre.

In der Pause sah man einen befrackten Kellner auf einem Tableau eine Menge feiner Gerichte in die Untersuchungshaft tragen, die wohl kaum für einen armen Arbeiter, der irgendwo gegen die Teuerung protestiert hatte, bestimmt waren. Auch dürften die verhafteten Glasschleifer im Isergebirge kaum in der Pause lustwandelnd mit ihren Advokaten in den Gängen des Strafgerichtes herumgegangen sein, wie Herr Direktor Groh.

Monatskarten auf der Prager Elektrischen.

Prag, 7. April. Ein armer Kerl stand heute vor dem Senate, wegen Betruges an der Prager elektrischen Straßenbahn angeklagt. Ein kleiner Beamter oder Platzagent, der sich mittels einer falschen Legitimation als Hochschüler eine Monatskarte um 42 K verschaffte, statt für eine Karte für alle Prager Strecken 180 K zu entrichten. Ein paar Monate ging die Sache, bis man sie entdeckte. Die Straßenbahn rechnete die Differenz zwischen 42 und 180 K aus und verlangte für alle Monate Ersatz. Der Beamte hatte sich zuvor mit der Straßenbahn in der Weise ausgeglichen, daß er ihr 1000 K bezahlte, womit sich die Straßenbahn als zufriedengestellt erklärte. Er gab dem Senate die Sache weinend zu und erklärte, mit seinen 600 K Monatsverdienst nicht noch eine so teuere Karte, die er benötigte, erwerben zu können. Der Senat verurteilte ihn mit Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit zu zwei Monaten bedingt, Verlust des Wahlrechtes und Ersatz der Kosten des Gerichtsverfahrens. Der Staatsanwalt meldete wegen zu geringen Strafausmaßes Berufung an.

Wir bemerken zu dem Fall: Die Prager Elektrische ist geradezu horrend teuer. Daß man für eine Strecke von einem Ende der Stadt Großprag bis zum anderen Ende denselben Fahrtpreis von 1.20 K entrichten muß, wie wenn man vier oder fünf Haltestellen fährt, das ist ungeheuerlich und geradezu eine Plünderung der Taschen der Prager Bevölkerung. Angesichts der Autounfälle sollte gerade die Elektrische allen Passanten erschwinglich sein. Wo steht denn das geschrieben, daß die Prager Elektrische jährlich 53 Millionen Reingewinn haben muß? Warum führt die Prager Elektrische nicht endlich die sogenannten kleinen und großen Karten für Einzelfahrten ein?

Chinesische Geschichten.

Prag, 7. April. Vor dem Berufungssenat unter dem Vorsitze des OLGR. Dr. Boušek fand heute die Berufungsverhandlung statt, welche die Verlagsfirma Kvasnička & Hampl in Prag gegen die Beschlagnahme des Buches „Chinesische Geschichten" erhoben hatte. Die Staatsanwaltschaft hatte, von irgendeiner Seite auf das längst im Handel befindliche Buch aufmerksam gemacht, die Konfiskation einiger Illustrationen und Stellen des Buches verfügt. Im ganzen wurden 800 Bücher beschlagnahmt, während sich bereits 1200 in den Händen des Publikums befinden. Der Verteidiger der Verleger legte dem Senate eine Buchserie vor, in welcher die Geschichten erschienen und in welcher u. a. auch die Autoren Rolland, Rutte, Krička (mit dem staatlichen literarischen Preis ausgezeichnet) herausgegeben wurden und stellte jede pornographische Absicht a priori in Abrede, dann legte er den Beweis vor, daß diese Sammlung Geschichten in deutscher Sprache in einem Hamburger Verlage vorher erschienen waren, folkloristisch als Erzählungen aus den Gebieten Chinas und der Südsee mit den dortigen Anschauungen über das Geschlecht durchaus literarisch einwandfrei sein müssen und stellte den Antrag, Prof. Tille, der ein Fachmann auf diesem Gebiete ist, einzuvernehmen, ob in der Darstellung von gewissen Sexualvorgängen, wie es in diesem Buche geschieht, Pornographisches zu erblicken sei. Das Gericht gab der Berufung statt und gab die Bücher frei. Der Staatsanwalt meldete Berufung an.

Gelegenheit macht Diebe.

Prag, 7 April. Bei dem Bankbeamten Josef Goldschmied in den Weinbergen war für kurze Zeit ein junger Anstreichergehilfe Wenzel H. tätig, der dort irgendeine Arbeit in der Wohnung vornehmen sollte. Bei dieser Gelegenheit entwendete er aus dem Toilettetische der Gattin des Bankbeamten eine Brosche, die aus Platin und mit mehreren Brillanten ausgestattet war. Die Brosche wurde bei dem jungen Burschen gefunden. Heute stand er vor dem Strafgerichte des OLGR. Boušek wegen Diebstahles angeklagt. Der Bankbeamte bezifferte den Wert der Brosche, die er inzwischen zurückerhielt, auf mindestens 3000 K. Der Anstreichergehilfe, der bisher unbescholten ist, warf sich vor dem Senate buchstäblich auf die Knie und bat weinend, ihm dieses erste Vergehen in seinem Leben zu verzeihen. Der Senat verurteilte ihn mit Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit zu drei Monaten schweren Kerkers bedingt auf drei Jahre und Verlust des Gemeindewahlrechtes.

Die Frage des Film-Kontingentes in der Tschechoslowakei.

Das Filmgewerbe in der Tschechoslowakei befindet sich derzeit in einer schweren Krise, deren hauptsächlichster Grund in den kapitalistischen Bestrebungen fremder Filmgesellschaften, die nicht nur den tschechischen, sondern überhaupt den europäischen Filmmarkt autoritativ zu beherrschen trachten, zu suchen ist. Unter fremdem Fimkapital ist selbstverständlich in erster Linie amerikanisches Geld zu verstehen. Voriges Jahr fanden sich in Europa drei der größten amerikanischen Filmgesellschaften, die Metro-Goldwyn-Mayer, die Paramount und die First National, die in Amerika die schärfsten Konkurrenten sind, zu einem Verleihkonzern zusammen, der den ziemlich bekannten Namen „Fanamet" führt und auch in Prag seine Zweigstelle besitzt. Die Gründe sind einfach: man zentralisiert dadurch nicht nur den Verleih, sondern vermindert auch die ziemlich großen Regiekosten dreier selbständiger Gesellschaften auf diejenigen eines einzigen Unternehmens. Zu der Fanamet kommen dann noch folgende amerikanische Filmgesellschaften, die hier eigene Zweigstellen unterhalten: Universal, Fox, P. D. C. (Producers Distributing Corporation) und United Artists. Die Ueberflutung des Filmmarktes mit amerikanischen Erzeugnissen macht sich in ganz Europa geltend und ruft begreiflicherweise überall den schärfsten Widerstand hervor, denn die Amerikaner würden in kurzer Zeit alle übrigen Unternehmen einfach brachlegen, wenn man ihnen freie Hand ließe. Da sie über eine Unzahl von Filmen verfügen, können sie wirklich die Leihmieten bestimmen und die Preise der Konkurrenz herunterdrücken, da sie Geld haben, können sie im Laufe der Zeit durch Ankauf oder Miete von Kinos im Lande festen Fuß fassen und dadurch vollständig den gesamten Markt beherrschen.

Der gebräuchlichste Schutz gegen diese Filminvasion der Amerikaner ist das sogenannte Kontingent, das heißt die gesetzliche Regelung der Filmeinfuhr und der Schutz des einheimischen Filmgewerbes. Deutschland führte das Kontingent im Jahre 1920 ein, und zwar im Verhältnis 1 : 1 (für jeden deutschen oder in Deutschland erzeugten Film kann ein ausländischer Film eingeführt werden). Dann folgte Oesterreich, welches das Kontingent 10 : 1 bestimmte. Dieser Tage wurde das Kontingentgesetz in England angenommen und auch Italien dürfte es in kürzester Zeit einführen. In Frankreich und Polen schützt man den heimischen Film dadurch, daß die Abgaben und Steuern von fremden Filmen viel höher bemessen sind als von den Filmen eigener Erzeugung. Auch für die Tschechoslowakei verlangt man ein Film-Kontingent als die einzige Rettung aus der herrschenden Filmkrise, die langsam ganz bedenkliche Formen anzunehmen droht.

Als Fürsprecherin für die gesetzliche Bestimmung des Kontingentes tritt die Tschechoslowakische Filmliga auf. Diese Liga ist eine freiwillige Vereinigung aller am Film interessierten Gruppen (Erzeuger, Verleiher, Schauspieler, Regisseure usw.) und kann daher als ein Sprachrohr des heimischen Filmgewerbes gelten, wenn auch dem objektiven Beurteiler klar ist, daß die bisher geleistete Arbeit der Liga eine mehr oder minder platonische Angelegenheit war. Diesmal scheint sie sich aber mit allem Eifer für das Kontingent einzusetzen, wovon die kürzlich abgehaltene Generalversammlung deutlichen Beweis ablegte. Und zwar verlangt die Liga die Einführung eines Film-Kontingentes im Verhältnis 10 : 1, das heißt, für jeden in der Tschechoslowakei hergestellten Film können zehn ausländische Erzeugnisse eingeführt werden.

Interessanter jedenfalls als die Gründe für das Kontingent sind diejenigen, die gegen die Einführung einer gesetzlichen Regelung sprechen. Zwei Verbände sind es, die energischen Widerspruch gegen die beabsichtigte Einführung des Kontingentes leisten: Der Verband der Filmindustrie und des Handels und der Verband der Kinobesitzer. Diese befürchten, daß durch die Einführung des Kontingentes die Anzahl der auf dem Filmmarkt verfügbaren Stücke erheblich sinken und damit automatisch eine Teuerung eintreten werde. Eine Verteuerung der Leihmiete aber könnten die Kinobesitzer nicht mehr ertragen, denn die schon bestehenden Abgaben, Steuern und sonstigen Zahlungen seien schon an und für sich eine gewaltige Belastungsprobe der Kinobesitzer. Der erstgenannte Verband sprach sich gegen das Kontingent aus, weil die Verhältnisse in der tschechischen Filmindustrie nicht reif dafür sind: es sei weder die richtige Organisation noch die richtige Disziplin noch die nötige Ordnung vorhanden und man könne daher unmöglich das schützen, was keines Schutzes wert ist. Der tschechische Film als solcher habe noch lange nicht jene Höhe erreicht, die einen gesetzlichen Schutz verlangen oder gar fordern dürfte und man möge zuerst alle Außenseiter des einheimischen Filmgewerbes unschädlich machen, den allgemeinen Stand des tschechischen Filmes heben und dann erst den gehaltvollen und guten tschechischen Film durch die Einführung des Kontingentes schützen.

Wahrlich, das sind goldene Worte, die den Stand des einheimischen Filmes rücksichtslos an den Pranger stellen. Aber eine andere schicksalsschwere Frage drängt sich in den Vordergrund: Wie soll man das sinkende Filmgewerbe vorläufig schützen —? Man muß doch dem tschechischen Film die Möglichkeit geben, zu gesunden: Wie will man das machen ohne das Kontingent —?

Argus.

Ein Gewohnheitsbetrüger.

Prag, 7. April. Miroslav Bartunek ist schon etwa zehnmal wegen kleiner Betrügereien, Zechprellereien und anderen Delikten zu Freiheitsstrafen von drei Wochen bis zu drei Monaten verurteilt worden. Heute hatte er sich zu verantworten, in einer Schule von Kindern auf Photographien Geld in Empfang genommen zu haben, ohne den Kindern die Photographien zu senden. In Pilsen preßte er einen Kellner und ein Stubenmädchen um kleine Beträge, von einem Photographen entlieh er einen Apparat im Werte von 1200 K, den er dann um 60 K versetzte. Der Senat unter dem Vorsitze des Sr. Bandek verurteilte ihn zu sechs Monaten schweren, verschärften Kerker.

Volkswirtschaft.

Hinterlistige Einheitsfrontler.

Wieder einmal hat sich die von den Kommunisten gepredigte Einheitsfront im richtigen Lichte gezeigt. Für die gemeinsame Protestkundgebung gegen die Verschlechterung des Bruderlandengesetzes, die am 24. März stattfand, wurden in Rothau von den beteiligten Organisationen Richtlinien beschlossen, deren strikte Einhaltung garantiert wurde. Zu diesem Zwecke wurden die Richtlinien von den bevollmächtigten Vertretern der beteiligten Organisationen unterzeichnet. Der Punkt 3 dieser Vereinbarung besagt u. a.:

Bei dieser Aktion soll sich aller politischen und agitatorischen Betätigungen, gegen irgend eine andere Organisation gerichtet, enthalten werden. Die unterzeichneten Organisationen übernehmen die bindende Verpflichtung für ihre Funktionäre usw., daß diese Grundsätze nirgends verletzt werden.

Diese Vereinbarung wurde auch vom Internationalen Allgewerkschaftlichen Verband, Sektion der Bergarbeiter, unterfertigt. Der von der Zentrale des J. A. V. in Prag entsandte Referent Vyturka konte es jedoch nicht unterlassen, auch bei dieser Gelegenheit, der kommunistischen Parole: „Heran an die Massen, selbst wenn bindende Abmachungen gebrochen werden müssen" treu zu bleiben. Er verwies nämlich zum Schluß seiner Ausführungen auf den Allgewerkschaftsverband, der angeblich der treibende Faktor bei dieser Aktion gewesen sei, und forderte alle Anwesenden, die einem anderen Verband angehören, auf, von ihren Verbandszentralen zu verlangen, auch in der kommenden Zeit eine geschlossene Front zu bilden. Das war nichts anderes als eine trotz der Vereinbarung unternommene Agitation gegen Internationalen Metallarbeiterverband.

Ein besonderes Stückchen leistete sich auch der Obmann der J. A. V.-Ortsgruppe Rothau, indem er nach der vom Vorsitzenden bereits geschlossenen Protestversammlung das Wort ergriff und einige leere Phrasen an die bereits weggehenden Teilnehmer der Kundgebung richtete, was gleichfalls gegen die Grundsätze der getroffenen Vereinbarung verstieß.

Der Vorfall in Rothau hat also wieder bewiesen, daß es die Kommunisten mit der Einheitsfront nicht ehrlich meinen, sondern damit Schindluder treiben.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 7. April.

	Geld	Ware
100 holländische Gulden	1349.—	1355.—
100 Reichsmark	798.30	802.30
100 Belgas	467.75	470.75
100 Schweizer Franks	647.75	650.75
1 Pfund Sterling	163.45	164.65
100 Lire	161.30	162.70
1 Dollar	33.61½	33.91½
100 französische Franks	131.95	133.15
100 Dinar	59.21	59.71
100 Pengös	580.50	592.50
100 polnische Zloty	377.25	385.25
100 Schilling	474.12½	477.12½

Kleine Chronik.

Die Frühlingsblumen im Volksglauben.

Die ersten Frühlingsblumen hat das Volk mit ganz besonderer Freude begrüßt und seit alters her mit einem geheimnisvollen Schimmer umgeben. Sie haben im naiven Volksglauben etwas vor den später folgenden Blumen voraus, und deshalb schreibt ihnen das Volk allerlei Heilkraft zu. Von der Anemone oder dem Buschwindröschen werden in Mecklenburg und Pommern die drei ersten „Oeschken (Oesterchen), also die drei ersten Blümen gegessen. Dann soll man das ganze Jahr über gegen Fieber gefeit sein. Das Gleiche gilt in Mecklenburg und Schlesien vom Veilchen, in Thüringen vom Seidelbast, in Ostpreußen vom Gänseblümchen, in Westpreußen von der Schlüsselblume. Zweifellos steckt hinter diesem Glauben die Meinung, daß die Götter diese Blumen mit besonderen Kräften ausgestattet haben müßten, da sie sonst nicht so früh erscheinen könnten. Dieser Aberglaube ist sehr alt. Schon vor annähernd 1900 Jahren berichtet der römische Schriftsteller Plinius, daß man die erste Pflanze der Anemone, die man im Jahre erblicke, abreißen und dabei sagen solle, daß man sie gegen das drei- und viertägige Fieber brauche.

Merkwürdig ist es, daß man demgegenüber anderen Frühlingspflanzen ungesunde Wirkungen zuschreibt. Der Duft des Frühlingsenzian soll nach schwäbischem Glauben Sommersprossen verursachen, und die Küchenschelle soll, wie in Ostpreußen gesagt wird, die Brut der Gänse verderben, wenn sie ins Haus kommt. Nach anderem Glauben hören die Hühner mit Eierlegen auf, wenn die Christwurz ins Haus gebracht wird. Hier hat man es jedenfalls mit dem Ueberrest eines Tabu-Aberglaubens zu tun, d. h. die Frühlingspflanzen gelten als unverletzlich, weil sie im besonderen Schutze der Götter stehen, und wer sie ausreißt, dem bringen sie Schaden.

Auch der Glaube, daß man in gewissen Tagen im Jahre, namentlich im Frühjahr, neunerlei Kräuter essen müsse, hängt mit göttlichem Schutze dieser Frühjahrskräuter zusammen. Eine besondere Rolle spielt dabei der Gründonnerstag, an dem in vielen Gegenden Deutschlands neunerlei Kräuter gegessen werden, um das ganze Jahr hindurch gesund zu bleiben. Abgesehen davon, daß die Neunzahl ebenso wie die Siebenzahl im Glauben des Volkes früher eine große Rolle spielte, leitet man aus der besonderen göttlichen Fürsorge für die ersten Frühlingsblumen ihre Heilkraft ab. In Niederdeutschland ist für diese neun Kräuter der gebräuchliche Name „Negenstärke" (Neunstärke) bezeichnend, der die Kraft meint, die aus dem Genuß dieser neun Frühlingspflanzen erwächst. Auffällig ist es, daß fast in ganz Deutschland diese Kräuter die gleichen sind: Spinat, Taubnessel, Kerbel, Pimpinelle, Sauerampfer, Kuhblume, Porree und Kohl. Hier hat der naive Volksglaube bereits die Lebenskraft des Grün, die erst viele Jahrhunderte später durch die Versuche der Wissenschaft bestätigt worden ist. Nach den langen Entbehrungen des Winter gab der Genuß des ersten Grün dem träge gewordenen Blute neues Leben. Damit hängt es wohl auch zusammen, daß die Bauern noch heute der Blutreinigung durch Kräuterfrühjahrskuren eine große Wichtigkeit beimessen, und der Bäuerin gilt der Gründonnerstag als geeigneter Tag, um Blumen in den Hausgarten zu säen, damit sie wohl gefüllt werden und recht schöne Farben bekommen.

Kunst und Wissen.

Zweites Beethoven-Konzert der Wiener Philharmoniker.

Die eigentliche große Beethoven-Aufgabe bei den Prager Musikfestlichkeiten anläßlich der Beethoven-Zentenarfeier löste Felix Weingartner und die Wiener Philharmoniker mit der Aufführung „Missa solemnis" am Mittwoch. Obwohl man gerade dieses Werk in den letzten Jahren wiederholt zu hören Gelegenheit hatte, — die letzte denkwürdige Aufführung vermittelte uns der geniale italienische Meisterdirigent Bernardino Molinari —, war doch seine diesmalige Wiedergabe durch Weingartner und die Wiener Philharmoniker unvergleichlich eindrucksvoll, großartig und weihevoll festlich. Die zünftigen Musiker erblicken in der „Missa solemnis" Beethovens gewaltigstes Werk; es ist jedenfalls sein kühnstes und genialstes; der Meister selbst hat es als sein größtes und gelungenstes bezeichnet. Die „Missa solemnis", die Beethoven für die Feier der Installation seines Schülers des Erzherzogs Rudolf zum Erzbischof von Olmütz bestimmt hatte, beschäftigte den Tondichter bereits im Jahre 1818; fertiggestellt wurde sie aber erst im Jahre 1823. Wie schwer zugänglich die „Missa solemnis", die mit der kirchlichen Liturgik nichts als den formalen Rahmen gemeinsam hat und ein reines Konzertwerk ist, ihren Zeitgenossen war, erhellt aus der Tatsache, daß Beethoven ihre vollständige Aufführung nicht mehr erlebte, daß ihre erste Gesamtaufführung erst im Jahre 1824 (in Petersburg) stattfand und das Werk bald aus dem öffentlichen Konzertleben verschwand, bis es im Jahre 1844 durch das Rheinische Musikfest in Köln zu neuem Leben erweckt wurde. Interessant ist, daß eine der ersten Gesamtaufführungen der „Missa" Beethovens im Jahre 1830 in Warnsdorf in Deutschböhmen erfolgte. Felix Weingartner, der größte Beethoven-Dirigent der Gegenwart, dirigierte die „Missa solemnis" mit unnachahmlicher, edelster Abgeklärtheit, mit unvergleichlicher rhythmischer und dynamischer Abstufungskunst, mit großartiger Gliederung und Steigerung im Aufbau, mit priesterlicher, inbrünstigster Hingabe, einem Apostel, einem Halbgott vergleichbar, der singen muß durch das Wunder der Offenbarungskraft seiner Interpretierungskunst, die jeden äußeren Effekt verschmäht und mit dem geringsten Aufwande an Geste und Temperament unerhörte suggestive Wirkungen ausübt. Auch die Wiener Philharmoniker spielten diesmal mit besonderer Musizierfreude; mit ekstatischer Hingabe an Beethovens Musik und an die Winke ihres nachschaffenden Künders Weingartner, mit überwältigendem Glanz im Streicherchor, mit wundervoller Weichheit und Rundung in den Bläsergruppen. Ausgezeichnet löste seine umfangreiche und schwierige chorgesangliche Aufgabe der gemischte Chor des Prager tschechischen Gesangvereins „Hlahol", während das mitwirkende Solo-Quartett den Anforderungen des Werkes nicht immer entsprach und auch schon in der Zusammensetzung der Stimmen die erforderliche Abgestimmtheit vermissen ließ. Auch der Erfolg dieses zweiten Beethoven-Festkonzertes war bedeutend, wenn auch der Besuch hinter jenem des ersten einigermaßen zurückstand; Weingartner, sein herrliches Orchester und alle übrigen Mitwirkenden wurden stürmisch gefeiert.

e. j.

Europas erster weiblicher Generalmusikdirektor. Der einzige und erste weibliche Generalmusikdirektor in Europa ist die Leiterin des Philharmonischen Orchesters von Paris, Lola Bossan. Sie hat vor einigen Tagen Kopenhagen besucht, wo sie als Gast ein Orchesterkonzert dirigierte. Sie gab bei dieser Gelegenheit dem Vertreter einer dänischen Zeitung ein Interview. „Ich arbeite auf diesem Gebiet erst einige Jahre", erzählte sie, „und trotzdem ist mein Philharmonisches Orchester als der Mittelpunkt für internationale Musik in Paris anerkannt. Man nennt mich daher die Botschafterin der Musik, während meine Tätigkeit den Spitznamen „das musikalische Locarno" bekommen hat. Meine Idee ist nämlich, die Musiker der ganzen Welt einander näherzubringen." Die Dirigentin zeigte dem Interviewer einen Brief, den sie von Jean Chantavoine, dem Generalsekretär des Pariser Musikkonservatoriums, erhalten hat. „Sehen Sie", sagte sie dabei, „es gibt nicht weniger als hundertundfünfzig Konzert- und Orchestervereine in Paris. Ich aber bin die einzige, die die Aufforderung erhalten hat, einen bedeutenden deutschen Solisten zu einem Konzert einzuladen."

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag, 7 Uhr: „Nacht in Venedig" (122—2). Samstag, 2½ Uhr, Urania-Vorstellung: „Tartuffe", „Zerbrochener Krug"; 7½ Uhr, Gastspiel Traute Carlsen, neueinstudiert: „Eifersucht" (123—1). **Sonntag, nachm. 2½ Uhr, Arbeiter-Vorstellung: „Figaros Hochzeit"**; 7 Uhr: „Nacht in Venedig" (127—3). Montag, 7½ Uhr: „Vogelhändler" (126—2).

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag Gastspiel Traute Carlsen: „Großfürstin und Zimmerkellner". Samstag: „Miß Chocolad". Sonntag, 3 Uhr, Gastspiel Traute Carlsen: „Großfürstin und Zimmerkellner"; 7½ Uhr, Gastspiel Traute Carlsen: „Eifersucht". Montag Gastspiel Traute Carlsen: „Großfürstin und Zimmerkellner".

Der Film.

Prager Urania-Kino. — Madame wünscht keine Kinder. Ein Erzeugnis der Fox-Europa-Produktion, nach dem Roman von Clément Vautel inszeniert von Alexander Corda, ein gediegener Film, der als ein zugkräftiger Schlager anzusprechen ist. Die Fabel behandelt die Ehe eines Arztes (Harry Liedtke), dessen junge Frau (Maria Corda) eine der allermodernsten Damen ist, die man sich nur vorstellen kann: außer Charleston gibt es für sie nichts, wofür sie Interesse aufbringen könnte. Die Handlung des Filmes ist eine unbarmherzige Geißelung der Zustände unter den oberen Zehntausend, eine satirische Gesellschaftsstudie, wie sie eben nur einem Franzosen gelingen kann, eine Brandmarkung der Moderne, wie man sie sich giftiger und dabei feiner kaum denken kann. In diesem Sinne ist der bildtechnisch hervorragende Film zu werten. Die Regie Cordas ist ebenso künstlerisch wie die wunderbare Photographie (Sparkuhl und Baberske), ein Bildwerk, das man geradezu als Muster hinstellen könnte: flott, wenige Titel, wirksame Regieeinfälle, klare feingefühlte Bilder. Schon lange hat man bei uns keinen so liebenswürdigen und dabei dennoch inhaltlich so gesund tendenziös eingestellten Film zu sehen bekommen.

Argus.

Turnen und Sport.

Ladowitz gegen Görkau 2:2. Beiderseits Ersatzleute. „Gleichheit" durch Einstellung neuer Spieler zerfahren in der ersten Halbzeit. Dem Sturm fehlt es an der nötigen Durchschlagskraft und Routine. Görkau sehr aufopfernd und fair. In der zweiten Halbzeit „Gleichheit" stark im Angriff, was das Eckenverhältnis zeigt, konnte aber nicht viel erreichen, da der Gegner sich immer gleich zurückzog und das Tor verrammelte. Schiedsrichter Wirthgen Ihr umsichtig. Am 10 April Abfahrt nach Krochwitz um halb 12 Uhr mittags. — F. R. Ladowitz. Freitag, den 8. April, wichtige Spielerversammlung wegen der Osterreise nach Dresden. Die Spieler der IIten Mannschaft werden ersucht, bestimmt zu erscheinen.

Sportplatz Weiskirchlitz. Am Ostersonntag, den 17. April, gastiert nach langer Zeit wieder ein reichsdeutscher Verein in Weiskirchlitz. Die sehr spielstarke Fußballmannschaft Guben (Ostpreußen) tritt den Weiskirchlitzern gegenüber. Es wird ein vorzüglich Spiel zu sehen sein, da Guben mit zu den besten Vereinen Deutschlands zählt.

KINO-PROGRAMM
Vom 8. bis 14. April 1927.

Wran Urania-Kino 1970
Einziges deutsches Kino Prags. Tel. 40.129
Madame will keine Kinder.
mit Harry Liedtke und Marie Corda. Dazu
Das Storchennest. orig. Lustspiel

LIDO BIO 1901
FEDORA.
Drama in 7 Akten nach dem gleichnamigen Schauspiel von V. Sardou. In den Hauptrollen Lee Parry und Alfons Fryland

Wo verkehren wir?

Café „Continental", Prag, Graben

Gastwirtschaft
LIDOVÝ DŮM
der Genossenschaft **Ganymed**
Täglich Konzert. **PRAG II.,** Hybernska Nr. 7.

Café „Nizza"
Kgl. Weinberge, Fochova 27.
Unser Stammlokal 1.0

DRUCK- U. VERLAGSANSTALT
GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG
empfiehlt sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU
TISCHLERGASSE NR. 6.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.-G., Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Die Frühlingsfeier

der deutschen und tschechischen Arbeiterjugend Prags findet am Samstag, den 9. d. M., 8 Uhr abends, im Gartensaal des „Lidovy dum", Hybernergasse, statt. Wir erwarten, daß zu dieser ersten gemeinsamen Veranstaltung mit den tschechischen Jugendlichen auch die Parteigenossinnen und -Genossen für einen guten Besuch sorgen werden. Karten zu 3.50 Kronen im „Sozialdemokrat" und bei Gen. Wolfert, G. E. C.